

Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus

- Entwurf -

Präambel	2
I. Sozialismus – Ziel, Weg und Werte	3
1. Unser sozialistisches Ziel	3
2. Unser sozialistischer Weg	6
II. Die gegenwärtige Welt	9
1. Die Krise der Nachkriegsordnung	9
2. Die neoliberale Offensive	10
3. Der Kapitalismus im Zeitalter von Informations- und Kommunikationstechnologien	13
4. Die globalen sozialen Probleme	14
5. Die Bundesrepublik Deutschland	15
6. Die Europäische Union	17
7. Das politische Projekt der „Neuen Mitte“	18
III. Sozialistische Politik – Kampf um Gerechtigkeit	20
1. Demokratische Teilhabe	21
2. Frieden und Gewaltfreiheit	24
3. Umwelt	26
4. Arbeit	29
5. Bildung, Wissen und Kultur	31
6. Soziale Sicherheit	35
IV. Veränderungen mit der PDS – Selbstveränderung der PDS	37

Berlin, 27. April 2001

Präambel

„Die Würde des Menschen ist unantastbar!“, dieser Anspruch, auf den sich das Grundgesetz gründet, begründet auch unsere sozialistische Politik. Die Würde des Menschen ist seine Freiheit und ist seine Gleichheit. Nur dann, wenn jede und jeder über jene Grundbedingungen verfügen kann, die Leben und Freiheit verbürgen, ist diese Würde gewahrt. Dies aber ist in Besorgnis erregender und wachsender Weise nicht der Fall. Das wollen wir ändern.

In der Tradition der sozialistischen Bewegungen der letzten zweihundert Jahre, in Würdigung des Beitrages, den Sozialistinnen und Sozialisten, Kommunistinnen und Kommunisten zu einer friedlichen und gerechten Welt geleistet haben, im Bekenntnis zu ihrem Ziel einer freien Assoziation, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller wird, im Bewusstsein, dass dieses Ziel vor dem Hintergrund der alten und neuen sozialen Probleme, der Gefährdung von Frieden, gesellschaftlichem Zusammenhalt und Umwelt eine neue und drängende Bedeutung gewonnen hat, in konsequenter Auseinandersetzung mit den Verbrechen, die von Menschen begangen wurden, die sich als Sozialisten und Kommunisten verstanden, in Ablehnung jeder Diktatur und jedes Versuches, mit totalitären Mitteln Fortschritt zu befördern, gibt sich die Partei des Demokratischen Sozialismus in Deutschland dieses Programm.

Wir sind Mitglieder einer Partei, die aus unterschiedlichen Traditionen hervorging. Die Ursprünge unserer Partei liegen im Aufbruch des Herbstes 1989 in der DDR, als wir aus der SED heraus dazu beitragen wollten, die Gesellschaft in der DDR umfassend zu reformieren. Damals entschieden wir uns für eine organisierte Zusammenarbeit von Sozialistinnen und Sozialisten aus Ost- und Westdeutschland. Uns verbindet der entschlossene Kampf gegen politische Entmündigung, soziale Demontage und Missachtung der menschlichen Würde. Uns eint der gemeinsame Kampf gegen eine Politik der kapitalistischen Globalisierung, sozialen Polarisierung, gegen Krieg und Militarisierung, gegen die Schwächung von Sozialstaat und Demokratie.

Die erkämpften zivilisatorischen Errungenschaften müssen verteidigt werden. Seit Beginn der Vereinigung der beiden deutschen Staaten setzen wir uns dafür ein, dass die beachtlichen Gewinne dieses Prozesses für die ostdeutsche Bevölkerung nicht durch Zerstörung von Entwicklungspotenzialen, politische und soziale Diskriminierung und Enteignung überlagert werden. Wir wollen, dass von Ostdeutschland Anstöße für eine soziale und ökologische Reformpolitik in der ganzen Bundesrepublik ausgehen. Entschieden wenden wir uns gegen jeden Nationalismus, Antisemitismus und Rassismus. Uneingeschränkt sind wir dem Antifaschismus verpflichtet und leisten Widerstand gegen neonazistische Politik.

In den Profit- und Herrschaftsinteressen der international mächtigsten Teile des Kapitals, dem Bestreben, die Entwicklung des Nordens auf Kosten des Südens und der zukünftigen Generationen zu betreiben, in patriarchaler Herrschaft und der Diskriminierung „Anderer“ sehen wir die Ursachen für die Gefährdung der menschlichen Zivilisation und Kultur, für Gewalt und Krieg, soziales Elend und die Krise der globalen Ökosphäre. Wir wollen, dass diese Herrschaftsstrukturen zurückgedrängt und schließlich überwunden werden, damit die Menschheit einen Ausweg aus ihrer bisherigen zerstörerischen Entwicklungslogik findet. Nicht der Profit darf darüber bestimmen, ob und unter welchen Bedingungen Menschen den Zugang zu den Bedingungen freier Entwicklung moderner Gesellschaften erhalten.

Wir wirken als politische Kraft in der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union, um sie durch eine erneuerte sozialistische Politik zu verändern. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der jede und jeder gleichermaßen Zugang zu den grund-

legenden Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens erhält. Wir treten ein für eine Gesellschaft, in der Freiheit, soziale Gerechtigkeit und solidarische Gemeinschaftlichkeit dauerhaft verbunden sind. Deshalb setzen wir uns ein für die Demokratisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, für Frieden und Gewaltfreiheit, die Bewahrung einer lebenswerten irdischen Natur und die umfassende Sicherung der Menschenrechte.

I. Sozialismus – Ziel, Weg und Werte

Sozialismus ist für uns ein notwendiges Ziel – eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung der Einzelnen zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist. **Sozialismus ist für uns eine Bewegung** gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, gegen patriarchale Unterdrückung, gegen die Ausplünderung der Natur, für die Bewahrung und Entwicklung menschlicher Kultur, für die Durchsetzung der Menschenrechte, für eine Gesellschaft, in der die Menschen ihre Angelegenheiten demokratisch und auf rationale Weise regeln. **Sozialismus ist für uns ein Wertesystem**, in dem Freiheit, Gleichheit und Solidarität, menschliche Emanzipation, soziale Gerechtigkeit, Erhalt der Natur und Frieden untrennbar verbunden sind.

1. Unser sozialistisches Ziel

Die Zivilisationsgeschichte ist die Geschichte der Herrschaft von Klassen und sozialen Gruppen. Mittels dieser Herrschaft beuteten sie andere aus und eigneten sich große Teile des gesellschaftlichen Reichtums an. Zugleich ist sie die Geschichte des Kampfes sozialer Bewegungen um die gerechte Teilhabe aller an diesem Reichtum. Diese Bewegungen ergriffen die Position ausgebeuteter und unterdrückter sozialer Klassen und Schichten und erzwangen historische Kompromisse. Gegen die Barbarei von Gewalt, Herrschaft und Ausbeutung setzten sie Elemente von ziviler Konfliktlösung, Teilhabe und gerechter Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums durch, verteidigten ihre Würde, schufen Bedingungen lebenswerter Gesellschaften. Dieser Kampf hat in den letzten zweihundertfünfzig Jahre grundsätzlich neue Formen angenommen.

Waren die vorkapitalistischen Gesellschaften durch eine über große Zeiträume hin weit gehend gleichbleibende und beschränkte technologische Grundlage geprägt, so ist das Zeitalter der modernen kapitalistischen Gesellschaften durch die „fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung“ (Marx) gekennzeichnet. Wir leben in einer Welt immer neuer technologischer, wirtschaftlicher, sozialer, politischer und kultureller Revolutionen. Die großen sozialen Probleme der Gegenwart sind globale Probleme.

Waren die vorkapitalistischen Herrschaftsverhältnisse vor allem Verhältnisse persönlicher Herrschaft von Hausherren über ihre Frauen und Kinder, von Sklavenhaltern über ihre Sklavinnen und Sklaven, von Feudalherren über ihre Vasallen und Leibeigenen, so sind die modernen kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse überwiegend unpersönlicher Natur. Sie erscheinen als Zwänge des Marktes oder der Bürokratie. Die Unterordnung der gesamten Gesellschaft unter die Kapitalverwertung, die Erhebung der Profitmaximierung zum obersten Prinzip zeichnen die kapitalistischen Gesellschaften aus.

Die Möglichkeiten moderner Gesellschaften können völlig gegensätzlich genutzt werden: barbarisch oder gerecht, herrschaftlich oder emanzipativ, ausbeuterisch oder solidarisch. Der moderne Kapitalismus, die Vorherrschaft des „Nordens“ über den „Süden“, das heutige Patriarchat, die exzessive Naturausbeutung und Degeneration der Lebensbedingungen heutiger und zukünftiger Generationen sind Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse. Durch sie werden die Potenziale dieser neuen gesellschaftlichen Entwicklungsweise im Interesse weniger und auf Kosten anderer angeeignet. Wir wollen diese Verhältnisse verändern und letztlich überwinden.

Wir unterscheiden deutlich zwischen dem kapitalistischen Charakter der heutigen Gesellschaften und den zivilisatorischen Errungenschaften, die in diesen Gesellschaften erreicht wurden. Die Durchsetzung wichtiger demokratischer Grundrechte, die partielle Anerkennung des Sozialstaatsprinzips, ein öffentliches Bildungs- und Gesundheitssystem stellen Ergebnisse des Kampfes moderner sozialer Bewegungen dar, die immer wieder bedroht, unterhöhlt oder beseitigt werden können. Weder das Wahlrecht, noch das Recht auf Bildung oder der Schutz bei Alter und Krankheit wurden den Arbeitern, den Frauen, den Alten der unteren Klassen und Schichten geschenkt. Sie wurden erkämpft, ertrugt und nur gelegentlich vorbeugend zugestanden. Diese Errungenschaften sind Ausdruck von Emanzipation und Solidarität. Sie sind kostbare Güter. Wir wollen sie verteidigen und ausbauen.

Die Erfahrung der sozialen und politischen Kämpfe der Vergangenheit ist: Menschen können sich nur dann frei und solidarisch entwickeln, wenn sie über die dafür notwendigen Grundbedingungen des Lebens verfügen. Ohne sie bleiben alle formal verbrieften Rechte ohne Gehalt. Ohne sie sind Menschen Ausbeutung, Unterdrückung und Diskriminierung ausgesetzt. Es ist eine erschreckende Tatsache, dass für viele Millionen Menschen Krieg eine Realität ist. Die Angst vor Gewalt wächst. Umwelt wird zerstört. Arbeit und Erwerb sind nicht gesichert. Die Angst vor sozialer Unsicherheit und Verarmung macht sich breit. Die Mehrheit der Menschen fühlt sich fremden Entscheidungen ohnmächtig ausgeliefert. Vielen ist der Zugang zu Bildung und Kultur verwehrt.

Unsere programmatischen Ziele gehen von einer einfachen Frage aus: „Was braucht der Mensch?“. In den Kämpfen ausgebeuteter, unterdrückter und diskriminierter sozialer Gruppen hat sich gezeigt: Menschen brauchen die Möglichkeit, über die gesellschaftlichen Bedingungen ihres Lebens gemeinsam mit anderen zu entscheiden. Sonst bleiben sie den Entscheidungen anderer unterworfen. Sie brauchen den Schutz vor Gewalt. Sie brauchen saubere Luft und sauberes Wasser. Sie brauchen Arbeit und Erwerb. Sie brauchen Bildung und Kultur. Sie brauchen soziale Sicherheit und Gesundheit.

Es sind diese elementaren Güter, die Menschen benötigen, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Es sind diese Lebensbedingungen, die sie brauchen, um ihre Fähigkeiten und Bedürfnisse, produktiven Kräfte und sittlichen Maßstäbe entwickeln zu können. Es ist die Verfügung über diese Güter, die darüber entscheidet, ob Menschen frei oder unfrei sind. Es sind deshalb auch keine beliebigen Güter. Sie sind nicht durch einander oder durch andere Güter ersetzbar. Es sind grundlegende *Freiheitsgüter*. Der Anspruch auf diese Güter ist deshalb auch als Anspruch auf fundamentale Menschenrechte formuliert worden. Es war die *Internationale*, die den Kampf um diese Menschenrechte zu ihrer weltumspannenden Botschaft machte.

Sozialismus geht von den realen Bedürfnissen und Interessen von Menschen aus. Sozialismus fragt danach, welche Lebensbedingungen Menschen hervorbringen müssen, um frei zu sein, und was sie tun müssen, damit die Verfügung über diese Güter nicht zur Ausbeutung und Unterdrückung anderer führt. Sozialismus ist für uns jene historische Bewegung, die die gesellschaftlichen Macht- und Eigentumsverhält-

nisse so gestalten will, dass diese Güter auch wirklich effektiv und umweltgerecht produziert werden und dass über sie solidarisch verfügt wird.

Die Geschichte der modernen Gesellschaften ist geprägt durch den Kampf sozialer Gruppen für oder gegen Emanzipation und Solidarität, für oder gegen eine prinzipielle Gleichheit des Zugangs zu den Freiheitsgütern unserer Gesellschaften. Es ist dieser Kampf, der die Weltgeschichte der letzten zweihundert Jahre geprägt hat. Es ist ein Kampf für oder gegen die Veränderung von Eigentums- und Machtverhältnissen. Es ist ein Kampf darum, wer den gesellschaftlichen Reichtum aneignen und wer über ihn verfügen darf. In diesem Kampf entwickeln wir unser Verständnis sozialistischer Werte.

Für uns ist sozialistische Politik eine Politik für Gerechtigkeit. Ihr Ziel ist es, die strukturellen Bedingungen von Unfreiheit, Ungleichheit und Ausbeutung, die Macht- und Eigentumsverhältnisse, auf denen diese beruhen, zurückzudrängen und zu überwinden. Um die Entstehung, Festigung und Durchsetzung von Eigentumsverhältnissen, die ein Leben in Freiheit, Gleichheit und Solidarität ermöglichen, kämpfen wir heute und in Zukunft. Jeder Schritt realer Bewegung, durch den der Zugang zu den Grundbedingungen individuellen Lebens egalitärer gestaltet wird, jeder Schritt zu einer demokratischen und gemeinwohlorientierten Verfügung über Eigentum ist für uns ein Schritt zu mehr Gerechtigkeit und in Richtung Sozialismus.

Für uns ist sozialistische Politik eine Politik, die gleiche politische und soziale Möglichkeiten von Freiheit für jede und jeden schaffen will. Freiheit ist der Bezugspunkt dieser Politik. Gleichheit ist das Maß, das diese Politik an den Zugang zu den grundlegenden Freiheitsgütern anlegt. Ohne Gleichheit ist Freiheit nur die Kehrseite von Ausbeutung. Und ohne die Schaffung der realen Bedingungen freier Selbstverwirklichung für jede und jeden ist jede Gleichheit Unterdrückung. Freiheit und Gleichheit haben eine gemeinsame Wurzel – Solidarität.

Freiheit ist nicht nur ein Recht, Freiheit ist auch eine Pflicht. Es ist die Pflicht zur Gerechtigkeit. Es ist die Pflicht, dafür zu wirken, dass die grundlegenden Freiheiten, die soziale Gruppen für sich in Anspruch nehmen, zu Freiheiten aller anderen werden können. Für uns ist Freiheit nicht als egoistisches Haben, sondern als solidarisches Tun zu erreichen. So definieren wir die sozialistischen Werte, auf die wir uns in unserem Programm von 1993 geeinigt hatten. Wir legen sie gegenwartsbezogener Politik in den Kommunen, Ländern, im Bund, in der Europäischen Union und im globalen Maßstab zugrunde.

Unternehmertum und betriebswirtschaftliches Gewinninteresse sind wichtige Bedingungen von Innovation und Effizienz. Die heutige gesamtgesellschaftliche Dominanz von Profit ist jedoch mit unserer Vorstellung von Gerechtigkeit und mit der durch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gebotenen Sozialpflichtigkeit des Eigentums unvereinbar. Weil wir das persönliche Eigentum von Menschen als eine Grundlage freier Selbstbestimmung verteidigen, lehnen wir die Vorherrschaft kapitalistischer Eigentumsverhältnisse ab, die Millionen von Menschen um dieses persönliche Eigentum bringt.

Diese sozialistische Grundüberzeugung vertreten wir im Angesicht einer zutiefst bedrohlichen Differenz zwischen weltverändernden technischen Fähigkeiten der Menschen und ihrer durch Macht- und Eigentumsverhältnisse begrenzten Fähigkeit zur Verantwortung für ihr Tun. Patentierung menschlichen Erbguts und gentechnische Veränderung des Menschen werden greifbar. Unkontrollierte Wachstumsinteressen stellen die Naturgrundlagen menschlichen Lebens in Frage. Längst kann die Menschheit durch den Einsatz moderner Waffensysteme vernichtet werden.

Notwendig sind die radikale Ökologisierung der Gesellschaft und ein neuer Typ des wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Fortschritts. Eine solche alter-

native Produktions- und Lebensweise bedarf einer von Entfremdung befreiten Arbeitswelt und eines Alltags, der nicht durch Konsum als Selbstzweck, sondern durch Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, nicht durch private Nischen in einer Massengesellschaft, sondern durch Individualität und Gemeinschaftlichkeit bestimmt wird.

Reale Vergesellschaftung setzt demokratische Entscheidungsprozesse auf lokaler, regionaler, nationaler, europäischer und globaler Ebene voraus. Strategische Entscheidungen über die Richtungen, Normen und Einschränkungen der sozialen, wissenschaftlich-technischen, ökologischen und kulturellen Entwicklung bedürfen bewusster und demokratischer Gestaltung sowie der Mitbestimmung der Produzentinnen und Produzenten, der Verbraucherinnen und Verbraucher, der Kommunen und der gesellschaftlichen Bewegungen.

Grundmerkmale einer sozialistischen Gesellschaft, wie wir sie anstreben, sind Verwirklichung der Selbstbestimmungsrechte aller Menschen und Völker in der Einheit von politischen, sozialen und kulturellen Rechten; eine sich auf die politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und ökologischen Verhältnisse erstreckende Demokratie; Emanzipation der Produktions-, Verteilungs- und Konsumtionsweise von der Herrschaft der Interessen des Kapitals und deren Unterordnung unter das Ziel, allen die Bedingungen eines selbstbestimmten und solidarischen Lebens zur Verfügung zu stellen; Bewahrung der natürlichen Umwelt; Einheit von Rechtsstaat und Sozialstaat; Frieden und Solidarität nach innen und außen.

Die konkreten Aufgaben der sozialistischen Bewegung ergeben sich aus den realen Widersprüchen und Konflikten und aus den herangereiften Entwicklungspotenzialen, nicht aber aus einem abstrakten Geschichtsplan. Angesichts der drängenden Nöte kämpfen wir um alternative Entwicklungswege. Sie werden das Resultat politischer Auseinandersetzungen sein, die bereits heute geführt werden.

2. Unser sozialistischer Weg

Ziel moderner sozialer Emanzipationsbewegungen ist Gerechtigkeit. Sie kämpfen für die Schaffung gleicher sozialer Möglichkeiten des Zugangs aller zu den wichtigsten Gütern der Gesellschaft unabhängig von Klassenzugehörigkeit, Geschlecht, Nation, ethnischer Herkunft oder Hautfarbe, unabhängig von Behinderungen oder sexuellen Orientierungen, unabhängig vom Lebensort auf diesem gemeinsamen Planeten. Es sind Bewegungen, die gegen Herrschaft und Ausbeutung auf Solidarität und Emanzipation zielen. Es sind Menschenrechtsbewegungen.

Die modernen sozialen und politischen Emanzipationsbewegungen sind der Ausgangspunkt jeder sozialistischen Politik. Eine besonders enge Beziehung ist der Sozialismus historisch mit der Arbeiterbewegung, später mit der Frauenbewegung und der antikolonialen Bewegung eingegangen. Sozialistische Politik kann auch heute nur im engsten Zusammenwirken von Gewerkschaften, mit den Bewegungen von Arbeitslosen und Frauenrechtlerinnen, mit antirassistischen, antimilitaristischen und antiimperialistischen Bewegungen, mit Friedensbewegungen und Bürgerbewegungen, mit den Bewegungen von Menschen mit Behinderungen, von Landlosen und indigenen Bewegungen, mit sozial engagierten religiösen Bewegungen, Künstlerinnen und Künstlern, Intellektuellen und vielen anderen, die sich solidarisch engagieren, verwirklicht werden.

Aus den modernen sozialen Emanzipationsbewegungen gingen jene Gegenmächte hervor, durch die Herrschaft und Ausbeutung historisch immer wieder eingeschränkt wurden. Sie sind die wichtigste Bedingung jedes humanen und sozialen Fortschritts. Nicht aus dem Frieden mit den Herrschenden, sondern aus der Gegenwehr der Un-

terdrückten und aller, die sich solidarisch engagieren, entsteht eine menschlichere Gesellschaft. Die dabei gewählten Mittel müssen den Zielen von Gewaltfreiheit und Emanzipation entsprechen, da sie sonst nur zum Ausgangspunkt neuer Herrschaft und Unterdrückung werden.

Wir wollen niemandem ein glücksbringendes System verordnen. Wir streben weder eine Diktatur noch die Einführung von Patentlösungen an. Im Gegenteil: Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen jene Grundgüter, jenes Eigentum und jene Macht in die Hände bekommen, die sie in die Lage versetzen, selbstbestimmt, frei und solidarisch über die Gestaltung ihrer gesellschaftlichen Lebensbedingungen zu entscheiden. Dies ist für uns wirkliche Demokratisierung und tatsächliche Sozialisierung. Dies ist unsere radikal sozialistische Position zu Macht und Eigentum.

Die Eigentumsfrage ist für uns eine Grundfrage sozialistischer Bewegung. Sie ist für uns nicht primär eine Frage der Rechtstitel, sondern eine Frage der realen Verfügung über wirtschaftliche Machtressourcen. Entscheidend sind realer Inhalt und soziale Wirkung konkreter Eigentumsordnungen. Die Alternative zum kapitalistischen Eigentum besteht für uns deshalb nicht im allumfassenden Staatseigentum, sondern in der demokratischen Entscheidung über gesellschaftliche Grundprozesse und der Förderung jener Eigentumsformen, die es am ehesten erlauben, die menschlichen Grundgüter effizient bereitzustellen und gerecht zu verteilen.

Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich in die Lage versetzen, demokratisch über die grundlegenden Entwicklungsrichtungen der Wirtschaft und der gesamten Gesellschaft bestimmen zu können. Eine solche Verfasstheit der Gesellschaft verlangt weitreichende und demokratische Veränderungen der politischen Kräfteverhältnisse, um gegenüber allen Eigentumsformen übergreifende und gemeinsame Interessen zur Geltung zu bringen.

Die verschiedenen Eigentumsformen haben unter konkreten historischen Bedingungen und Machtverhältnissen ein unterschiedliches Potenzial, Freiheitsgüter hervorzubringen oder zu zerstören, den gleichen Zugang aller zu diesen Gütern zu sichern oder zu blockieren und die effiziente Produktion aller weiteren Güter zu gewährleisten oder zu beeinträchtigen. Jede Eigentumsform, die die natürlichen, sozialen und kulturellen Lebensgrundlagen entwickelt und den Zugang zu den Grundbedingungen menschlichen Lebens erleichtert, sollte gefördert, jede, die Lebensgrundlagen untergräbt oder vernichtet und die diesen Zugang einschränkt oder verhindert, sollte eingeschränkt und gegebenenfalls in andere Formen überführt werden.

Eigentumsfragen sind Fragen der Macht und des Kräfteverhältnisses in der Gesellschaft. Progressiver Wandel der Eigentumsverhältnisse muss durch Gegenmächte bewirkt werden. Auf absehbare Zeit wird es vor allem darauf ankommen, die Verfügungsgewalt über hochkonzentriertes Kapitaleigentum oder scheinbar anonyme Aktienfonds schrittweise einzuschränken: durch Widerstand gegen Deregulierung und Selbstentlassung der Wirtschaftseliten aus sozialen Verpflichtungen, durch sozialstaatliche und umweltpolitische Regelungen, durch Steuer-, Struktur- und Forschungspolitik, durch mehr Einfluss von Gewerkschaften und Betriebsräten, von Kommunen, Umwelt- und Verbraucherorganisationen.

Die fortschreitende Privatisierung von öffentlichem Eigentum und damit von öffentlicher Verfügungsmacht lehnen wir ab. Wir wollen die Bewahrung von Gemeineigentum und seine Ausweitung, wo dies sinnvoll ist. In anderen Fällen unterstützen wir den Übergang bisher staatlichen Eigentums in die Verfügung vieler Träger, die sich zugleich auf wirtschaftlich effiziente, sozial und ökologisch orientierte Weise assoziieren und deren demokratische Verfügungsmacht durch staatlich gesetzte Rahmenbedingungen gestärkt wird. Wir treten für die Stärkung von genossenschaftlichem E-

gentum ein. Dies verstehen wir als progressive Schritte der Entbürokratisierung und tatsächlichen Vergesellschaftung.

Demokratisch-sozialistische Eigentumspolitik verlangt, einen für alle sozial gleichen Zugang zu Bildung und Ausbildung und Zugriff auf Information, Wissen und Kultur zu sichern. Dieser Zugang zu den kulturellen Grundgütern erhält in der wissensbasierten Gesellschaft eine zentrale Bedeutung für ein Leben in Gerechtigkeit und Freiheit, vergleichbar dem Eigentum an Maschinen im Industriezeitalter. Die kapitalistische Monopolisierung von Wissen lehnen wir ab.

Die Gewinnung demokratischer politischer Gestaltungsmacht ist auch davon abhängig, ob es gelingt, Sozialismus wieder in eine emanzipatorische Kulturbewegung zu verwandeln. Nur dann, wenn massenhaft Bedürfnisse nach einer selbstbestimmten und solidarischen Lebensweise entstehen, wenn Menschen in dieser Lebensweise einen Zugewinn an Freiheit und Reichtum finden, wird es möglich sein, einer sozialistischen Alternative zum heraufziehenden Kulturkapitalismus Sinn und Gestalt zu verleihen.

Als kapitalismuskritische Opposition und als gesellschaftsgestaltende Kraft wird die PDS Nein sagen zu allen Entwicklungen, die die Dominanz der Kapitalverwertungsinteressen stärken, patriarchale Verhältnisse zementieren, die Gesellschaft sozial spalten, soziale Unsicherheit erhöhen, die natürlichen Lebensgrundlagen zerstören. Und sie wird Ja sagen zu allen Schritten, die dazu beitragen, soziale Standards zu erhalten und auszubauen, zivilisatorische Errungenschaften zu bewahren und weiterzuentwickeln, das Kräfteverhältnis zugunsten von Emanzipation und Solidarität zu verschieben und patriarchale Strukturen aufzubrechen, die Gesellschaft lebenswerter zu machen. In diesen konkreten Widersprüchen wirkend ist sozialistische Politik immer Realpolitik – sei es durch konsequente Verweigerung, sei es durch überzeugende Reformpolitik und Mitgestaltung. Als reale Politik der Veränderung dieses Kräfteverhältnisses ist sie zugleich Teil eines umfassenden Transformationsprojekts.

Politik der PDS, die dazu beiträgt, emanzipative und solidarische Interessen zu stärken und die Dominanz der Kapitalverwertungsinteressen abzuschwächen, damit verbundene Macht- und Eigentumsverhältnisse zu verändern, weist über den Kapitalismus hinaus. Durch eine solche Politik werden die Verhältnisse für weitergehende Umgestaltungen geöffnet, wird Politik im Alltag visionär, ist die so genannte Kleinarbeit Arbeit an weiter reichenden Zielen. Durch eine sozialistische Politik wird die PDS Teil der Gesellschaft und zugleich eine Kraft ihrer Veränderung. Indem sie konkrete soziale Interessen vieler Menschen nach mehr Solidarität in der Gesellschaft, nach einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung, nach einer qualifizierten Bildung für alle, nach einem Studium ohne Gebühren, nach Gleichstellung der Geschlechter und lebenswerter Umwelt gegen den neoliberalen Kapitalismus vertritt, beweist sie ihren sozialen Gebrauchswert. Entwicklung sozialistischer Politik und Öffnung in die Gesellschaft hinein sind deshalb zwei Seiten einer Medaille.

Teilschritte in der Reformpolitik der PDS können zwiespältige Wirkungen haben. Sie sind wichtig für begrenzte Verbesserungen. Sie bieten Chancen, Menschen bei der Durchsetzung ihrer berechtigten sozialen Interessen zu unterstützen und sie für weiter reichende Veränderungen zu gewinnen. Von der PDS durchgesetzte oder mitgetragene Reformschritte können in Abhängigkeit von veränderten Kräfteverhältnissen wieder relativiert oder rückgängig gemacht werden. Linke Reformpolitik wird aber dann transformatorisch wirken, wenn es gelingt, Reformen für mehr soziale Sicherheit mit solchen zu verbinden, die den Einfluss der Lohnabhängigen erhöhen, die Profitdominanz zurückdrängen, die den dritten Wirtschaftssektor in Kooperation mit kleinen und mittleren Unternehmen stärken und die zu demokratischer Kontrolle der Banken, Versicherungen und Großunternehmen führen. Einschneidender Wandel

kann erreicht werden, wenn es gelingt, die Politik einer sozialen und ökologischen Regulierung zu verpflichten, statt sie profitbestimmten Weltmarktzwängen anzupassen. Dazu gehören weit reichende Rahmenseetzungen für den Markt, Innovationsprogramme, wie ein Programm „Sozial-ökologischer Umbau Ost“ und insgesamt eine dauerhafte Ausrichtung der Politik auf Gerechtigkeit.

Der demokratische Sozialismus entsteht in und aus der Gesellschaft oder überhaupt nicht. Er misslingt gleichermaßen als isoliertes Projekt kleiner Gruppen wie als Diktatur. Demokratischer Sozialismus ist eine diesseitige Bewegung auf ein diesseitiges Ziel hin – die Dominanz emanzipativer und solidarischer Interessen über die Interessen an Herrschaft, Ausbeutung und Unterdrückung. Er weist über den Kapitalismus hinaus.

II. Die gegenwärtige Welt

1. Die Krise der Nachkriegsordnung

Ende der sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts hatte eine tief greifende Krise aller Wirtschaftsformen und der gesamten internationalen Nachkriegsordnung eingesetzt. Diese Krise erfasste den Staatssozialismus, die national befreiten Länder und die hochentwickelten kapitalistischen Staaten. Die nach 1945 entstandenen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen wurden zu Fesseln. Es begann ein Kampf darum, durch welche Strukturen sie ersetzt werden sollten. In den achtziger und frühen neunziger Jahren setzte sich die Strategie des neoliberalen Umbaus des Kapitalismus weit gehend durch.

Der Staatssozialismus sowjetischen Typs geriet in Europa in den siebziger Jahren in eine Phase des Niedergangs. Das System der Zentralverwaltungswirtschaft machte den Übergang zu einer intensiven Entwicklung der Volkswirtschaften unmöglich. Der Kampf um die höhere Arbeitsproduktivität ging verloren. Das politische System der kommunistischen Einparteiendiktatur erfuhr wachsenden Widerstand. Emanzipatorische Ansprüche, Pluralisierung der Gesellschaft und Öffnung stießen auf die Grenzen der politisch-wirtschaftlichen Strukturen dieses Systems.

Die Volksbewegungen in den osteuropäischen Ländern führten am Ende der 80er Jahre zum Zusammenbruch der erstarrten politischen Herrschaftssysteme des Staatssozialismus und setzten für kurze Zeit wesentliche Demokratisierungen des gesellschaftlichen Lebens in Gang. Heute zeigt sich: Die Verbitterung über die Resultate des gescheiterten Sozialismusversuchs, die weltweit herrschende kapitalistische Produktionsweise und die dominierenden politischen Systeme verhinderten, dass die demokratischen und sozialistischen Ideale dieser Bewegungen verwirklicht werden konnten.

Die antikoloniale Bewegung brachte in den fünfziger und sechziger Jahren mit Unterstützung des staatssozialistischen Systems und breiter demokratischer Kräfte die großen Kolonialreiche des 19. und 20. Jahrhunderts zum Zusammenbruch. Es entstanden neue Staaten. Aufgrund der wirtschaftlichen und politischen Strukturen der internationalen kapitalistischen Ordnung konnten jedoch die meisten dieser Länder die neue politische Freiheit nicht in eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung umsetzen. Aus Kolonialländern verwandelten sie sich zumeist in die abhängige Peripherie oder den Hinterhof des kapitalistischen Weltmarktes. Schon in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts wurde deutlich, dass viele von ihnen ohne grundlegende internationale Veränderungen keine Perspektive haben.

Der kapitalistische Wohlfahrtsstaat, der nach dem Zweiten Weltkrieg in Westeuropa und den USA entstand, konnte über eine lange Phase der Prosperität eine Annäherung an weit gehende Vollbeschäftigung, steigende Arbeitseinkommen und Sozialleistungen im Alter, bei Krankheit, Berufsunfähigkeit oder Arbeitslosigkeit gewährleisten, ohne jedoch Armut jemals vollständig zu überwinden. Industrielle Massenproduktion materieller Güter und private Massenkonsumtion waren hervorstechende Merkmale dieses Kapitalismus. Damit verbunden war eine Ausweitung partizipatorischer Möglichkeiten – z. B. der betrieblichen Mitbestimmung. Nicht alle, aber auch nicht wenige Träume der Sozialdemokratie gingen in Erfüllung. Und es war nicht nur, aber doch zuerst den Gewerkschaften, der Sozialdemokratie, sozialistischen Bewegungen und Parteien sowie der Konkurrenz mit dem Staatssozialismus zu verdanken, dass Institutionen entstanden, die den Interessen der Arbeiterschaft Geltung verschaffen konnten und das Prinzip der Kapitalherrschaft partiell durch das Prinzip sozialer Partizipation ergänzten. Der Wohlstand wurde allerdings mit der Unterdrückung und Ausbeutung der so genannten Dritten Welt, mit der zunehmenden Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und mit dem Festhalten an patriarchalen Verhältnissen bezahlt.

Wenn die Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft in den siebziger Jahren in die Krise kamen, so nicht, weil schnell steigende Löhne, wachsende staatliche Umverteilungen, eine Förderung der Nachfrage durch Steigerung öffentlicher Ausgaben und staatliche Steuerung über Großorganisationen falsch waren. Die Grenzen des alten Modells sind in hohem Maße die Folgen seines Erfolgs. Die Krise war das Ergebnis eines Wachstumstyps, der nur so lange funktionierte, wie immer neue Bereiche des menschlichen Lebens in Erwerbsarbeit umgewandelt, wirtschaftlich durchorganisiert und rationalisiert werden konnten, bis schließlich immer weniger gesellschaftliche Arbeit notwendig war, um Konsum- und Investitionsgüter zu erzeugen.

Der durch eine solche Entwicklung entstandene Reichtum an Zeit aber konnte in dieser Gesellschaft nur verwendet werden, um noch mehr zu produzieren, und er wurde investiert, um noch mehr lebendige Arbeit einzusparen. Dies konnte nicht schrankenlos fortgesetzt werden. Das Wachstum der Massenproduktion mündete in eine globale Umweltkrise. Tendenzielle Vollbeschäftigung schlug um in anschwellende Massenarbeitslosigkeit. Die Beschränktheit der Binnenmärkte dämpfte den Zuwachs der Profite. Es begann die Suche nach Auswegen aus der Krise des Nachkriegskapitalismus.

2. Die neoliberale Offensive

In den siebziger Jahren formierte sich eine große neoliberale Gegenreform von oben. Der nach den Erfahrungen der Großen Depression der zwanziger Jahre und dem Faschismus sowie unter dem Einfluss der Konkurrenz mit der Sowjetunion und ihrer Verbündeten und durch die Kämpfe der Arbeiterbewegung und anderer sozialer Gruppen zustande gekommene Kompromiss zwischen Kapitalinteressen und organisierter Arbeiterbewegung in den westlichen Hauptmächten wurde aufgekündigt.

Die neoliberale Offensive beschleunigte den Zusammenbruch der Sowjetunion durch eine neue Runde des hochtechnologischen Wettrüstens. Den Ländern der Dritten Welt wurde eine Politik der Marktöffnung für internationale Konzerne, der Deregulierung und Absenkung sozialer Standards aufgezwungen. Sie verloren weit gehend die Souveränität über die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ihrer Entwicklung.

Ein hervorstechendes Merkmal dieser neuen Form des Kapitalismus ist die verstärkte Unterordnung von Wirtschaft und Gesellschaft unter das Ziel der Maximierung von

Profiten, besonders der Wertsteigerung von Aktien und der Gewinne aus Finanzspekulationen. Die Entwicklung von Unternehmen, Volkswirtschaften und der Weltwirtschaft wird an diesem Ziel ausgerichtet. Rationalisierung, Privatisierung, Deregulierung, Globalisierung und Standortwettbewerb sind die Stichworte dieser Strategie. Der neoliberale Kapitalismus verspricht Vermögenszuwächse und private Freiheit durch Aktien- und Immobilienfonds. In der Realität wird die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums polarisiert. Der Abstand zwischen Oben und Unten, zwischen Arm und Reich wird zur Kluft. Eine neue Klassenstruktur ist im Entstehen: Die Macht wird global in den Händen der transnationalen Konzerne und Finanzzentren konzentriert. Am schnellsten vollzieht sich der Machtzuwachs der internationalen Banken und der Investment- und Pensionsfonds. Obwohl damit die Gefahr des Zusammenbruchs der internationalen Finanzen zunimmt, wächst der Anteil der Bevölkerung, der durch Aktienbesitz in diesen Kapitalismus eingebunden ist.

Kleine und mittlere Unternehmen sind durch Zuliefernetze von den großen Konzernen abhängig, die viele der Risiken auf sie abwälzen. Sie stehen unter so hartem Konkurrenzdruck, dass die Arbeitsbedingungen in diesen Unternehmen nicht selten schlechter als in Großunternehmen sind. Insofern diese Unternehmen in regionalen Wirtschaftskreisläufen tätig sind, unterscheiden sich ihre Interessen erheblich von denen der global agierenden Konzerne. Sie teilen mit den Verbraucherinnen und Verbrauchern Interessen an einer Stärkung der Binnenmärkte, gehören oft selbst zu den Opfern von Rationalisierung und Kostendruck. Anders als die Großkonzerne tragen sie wesentlich zum Steueraufkommen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei.

Die Zahl der Beschäftigten im Hochlohnsektor mit Vermögensanlagen in Fonds und Aktien nimmt zu. Ihre privilegierte Stellung auf dem Arbeitsmarkt verschafft ihnen neue Möglichkeiten privater Absicherung und macht sie zugleich von Krisen auf den Kapitalmärkten abhängig. Auf der anderen Seite stehen Arbeitslose und jene, die in den Niedriglohnsektor absinken und um das tägliche Überleben kämpfen. Große Gruppen werden zu Dienstboten der neuen Mittelschichten. Die Gesellschaft wird auf neue Weise gespalten. Vor dem Hintergrund dieser Bedrohungen werden viele durch Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Rassismus verführt.

Der neoliberale Kapitalismus verspricht neue Chancen für die Integration sozial Benachteiligter. Er macht diese Integration jedoch weit gehend von der Verwertbarkeit auf den Märkten abhängig. Vom Standpunkt dieser Märkte erscheinen viele Bevölkerungsgruppen und sogar große Regionen jedoch als „überflüssig“. Es kommt zum Ausschluss derer, die für das Funktionieren einer kapitalistischen Hochleistungsgesellschaft nicht gebraucht werden. Es entstehen städtische Ghettos und ländliche Räume ohne jede Perspektive. Der moderne Pauperismus ist die zwangsläufige Folge einer Politik der weltmarktorientierten Standortsicherung.

Der neoliberale Kapitalismus verspricht eine Epoche neuer wirtschaftlicher Dynamik und globalen Wohlstands durch Deregulierung, unkontrollierte Öffnung der nationalen Märkte und Schwächung solcher gesellschaftlichen Gegenmächte wie der Gewerkschaften. In der Realität wird die Kluft zwischen Zentrum und Peripherie der kapitalistischen Weltwirtschaft größer. Während sich die internationale Vernetzung zwischen den Ländern der drei Zentren, Nordamerika, Japan und Westeuropa, und besonders in der Europäischen Union verstärkt, fallen ganze Regionen faktisch aus dem Welthandel heraus. Der Aufstieg einer Reihe von Schwellenländern wird vom Abstieg vieler anderer Länder begleitet. Ungefähr eine Milliarde Menschen lebt in vollständigem Elend. Die Globalisierung hat zu einer beispiellosen sozialen Polarisierung geführt.

Der Neoliberalismus verspricht eine Gleichstellung von Männern und Frauen. Die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen ist tatsächlich eine Chance für Emanzipa-

tion. Den Aufstieg von Männern und Frauen in den Hochlohnsektoren sichert eine Klasse von zumeist weiblichen Dienstboten ab. Ihre Arbeitsverhältnisse sind durch eine entwürdigende Abhängigkeit gekennzeichnet. Armut trifft vor allem Frauen und Kinder. Sexismus und die Vermarktung von Frauen und Kindern sind zu einem globalen Übel geworden.

Die Mitbestimmung der Arbeiterinnen und Arbeiter und Angestellten wird zurückgedrängt. In der Bundesrepublik existiert diese gesetzlich geregelte Gegenmacht der Lohnabhängigen nur noch in zehn Prozent aller betriebsratsfähigen privaten Unternehmen. Der Flächentarifvertrag ist in Ostdeutschland bereits weitgehend beseitigt und wird im Westen weiter ausgehöhlt und auf die Stammebelegschaften eingeschränkt. Das Realeinkommen aus Erwerbstätigkeit stagniert. Die Mehrheit der neuen Arbeitsverhältnisse sind keine Dauerarbeitsverhältnisse. Bildung, Gesundheit, Wissenschaft, Information und selbst die genetische Vielfalt der Natur werden privatisiert.

Der neoliberale Kapitalismus stellt eine Bedrohung der Menschheit dar. Prozesse eines ungezügeltten Kapitalismus und der Versuch der herrschenden Eliten, ihre Macht durch die Mittel der politischen Diktatur zu sichern, hatten in den zwanziger und dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts zur Großen Depression und zum Faschismus und Nationalsozialismus geführt. Heute wird versucht, einen ungezügeltten Kapitalismus mit den Mitteln der ökonomischen Diktatur, der neoliberalen Sachzwanglogik, der Verwandlung des Sozialstaats in einen Wettbewerbsstaat, mit dem Diktat der internationalen Finanzinstitutionen und einem militärischen Interventionismus durchzusetzen.

Der gewandelte Kapitalismus stellt eine Fessel für jene Potenziale dar, die er selbst hervorbringt: Gestaltungsspielräume durch ökologisch verantwortbare Reichtumssteigerung, freie Zeit für selbstbestimmte Lebensweisen durch Produktivitätswachstum, Bedingungen bewusster Gesellschaftsgestaltung durch Zuwachs an Wissen und Information, Zugang zu anderen Kulturen durch Internationalisierung, libertäres Denken und gewachsene emanzipatorische Ansprüche durch Individualisierung, Chancen für Demokratisierung von unten durch Regionalisierung, erdumspannende Vernetzung alternativer Akteure durch das Internet und globale Aktionen. Diese Potenziale werden für sozialistische Politik und die Veränderung der Kräfteverhältnisse gebraucht.

Weit mehr noch als zu Marx' Zeiten gilt heute seine Feststellung, dass in der bürgerlichen Gesellschaft jedes Ding mit seinem Gegenteil schwanger geht: Je produktiver die Arbeit und je reicher dadurch die Gesellschaft wird, desto weniger scheint diese sich leisten zu können. Je tiefer die wissenschaftlichen Einsichten in die gefährdeten Stabilitätsbedingungen der Natur werden, desto rücksichtsloser werden zugleich neue Technologien in einen umweltgefährdenden Wachstumsmotor verwandelt. Je dringlicher die Umbrüche eine gestaltende Politik zur Abwehr großer sozialer und ökologischer Gefahren erfordern, desto mehr unterwirft sich die Politik den unkontrollierbar gemachten Weltmarktmechanismen. Je stärker durch die Umwälzungen der Gegenwart das Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit ausgeprägt wird, desto mehr demontiert die Politik die sozialen Sicherungssysteme. Je größer die technischen Mittel der Medienwelt für Aufklärung und Kultur werden, desto erschreckender wird der kulturelle Niedergang, den sie verbreiten.

Der Widerspruch zwischen der Entfaltung neuer Produktivkräfte und ihrer Unterwerfung unter die bornierten Verhältnisse der Kapitalverwertung ist allgegenwärtig. Die Nutzung der neuen Möglichkeiten der menschlichen Zivilisation für einen sozialen und ökologischen Umbau aller gesellschaftlichen Verhältnisse anstatt fortschreiten-

der Zerstörung menschlicher Lebensbedingungen rückt in das Zentrum emanzipatorischen Handelns.

3. Der Kapitalismus im Zeitalter von Informations- und Kommunikationstechnologien

Die Krise der Nachkriegsordnung, die radikale Offensive des Neoliberalismus sowie die tief greifenden Wandlungen der Bedürfnisse, Werte und Lebensweise haben eine Revolution der technologischen Produktionsweise der hoch entwickelten kapitalistischen Gesellschaften vorangetrieben. Informations- und Kommunikationstechnologien lösten die industrielle Maschinerie als Grundlage moderner Produktion ab. Neue, bisher ungekannte Produktivkräfte wurden freigesetzt und gleichzeitig in die Strukturen der Kapitalverwertung eingebunden. Auf die Ökonomie der physischen Produktion folgt die Ökonomie von Information und Kommunikation. Die Subjektivität der Einzelnen und die Kooperation von Gruppen werden zu den eigentlichen Quellen des gesellschaftlichen Reichtums und zu Ansätzen von Alternativen. Der Industriekapitalismus wird durch den „Informationskapitalismus“ abgelöst.

Wichtigste produktive Kraft des früheren Kapitalismus war die Industriearbeiterschaft: unmittelbare qualifizierte Arbeit an Maschinen leistend, dem Kommando des vorgegebenen Produktionsablaufs unterstellt, standardisierte Güter für standardisierte Bedürfnisse herstellend. Wichtigste produktive Kraft des neuen Kapitalismus sind die Wissens- und Informationsarbeiterinnen und -arbeiter. Der Kapitalverwertung untergeordnet, entfaltet sich ihr produktives Vermögen in flexiblen Netzwerken. Kreativität, Eigenmotivation und Selbstkontrolle einerseits und Kooperation, schöpferische Gemeinschaftsarbeit und Wettbewerb andererseits prägen ihren Arbeitsalltag. Die hohe Abhängigkeit von kurzfristigen Verwertungsinteressen untergräbt diese Potenziale und verwandelt sie in härteste zwischenmenschliche Konkurrenz, Selbstaussbeutung und Überarbeitung.

Wichtigste Form sozialer Kooperation des früheren Kapitalismus war die Unterstellung unter ein Kommando. Wichtigste Form der Kooperation des neuen Kapitalismus sind die Netzwerke der Informationsarbeiterinnen und -arbeiter. Die direkte Arbeitsorganisation wird verstärkt in die Verfügung der Beschäftigten gestellt und zugleich unmittelbar an der Kapitalrentabilität gemessen. Selbstverwaltung und Mitbestimmung werden zu technologischen Erfordernissen. Die Leitung und Kontrolle müssen zumindest teilweise an die Beschäftigten delegiert werden. Die wichtigsten Entscheidungen aber sind ihrer Kontrolle entzogen. Zugleich nimmt für jenen großen Teil der Beschäftigten, der nicht zur Informationsarbeiterschaft gehört, die fremdbestimmte, monotone Arbeit zu.

Wichtigstes Austauschverhältnis des früheren Kapitalismus war das Lohnarbeitsverhältnis der Industriearbeiterschaft. Es stellt ein Verhältnis des ungleichen Tauschs von Lohn gegen Arbeitszeit dar, in der sich die Arbeiterinnen und Arbeiter fremdem Kommando unterordnen. Im neuen Kapitalismus werden weit mehr als zuvor kreative, kommunikative, soziale Leistungen der Informationsarbeiterinnen und -arbeiter ungleich gegen Geld getauscht. Das Lohnverhältnis wird verstärkt mit Verhältnissen von selbständiger oder quasi-selbständiger Tätigkeit kombiniert. Leistungen werden durch Geld, Aktien oder Aufstiegsperspektiven honoriert. Diese Anerkennung ist jedoch von kurzfristigen Konjunkturen abhängig.

Wichtige Bedürfnisse der Industriearbeiterschaft konnten durch die Massenproduktion der Nachkriegsjahrzehnte zum ersten Mal erfüllt werden. Patriarchale Familienverhältnisse, stabile Beschäftigungsverhältnisse und soziale Absicherung im Alter, bei Krankheit, Berufsunfähigkeit oder Arbeitslosigkeit zeichneten unter den günstigen

Bedingungen einer Reihe kapitalistischer Industriegesellschaften die Lebensweise der meisten Erwerbsabhängigen aus. Die neue Informationsarbeiterschaft dagegen ist durch Individualisierung, Streben nach selbstbestimmten persönlichen und beruflichen Beziehungen und offene Lebensplanung geprägt. Das oft hohe Einkommen ist völlig von der aktuellen Marktlage abhängig. Familiäre und partnerschaftliche Bindungen werden zu Hemmnissen auf dem Arbeitsmarkt. Gesundheitliche Einschränkungen und Alter werden zu existenziellen Bedrohungen.

Die großen Konzerne des neuen Kapitalismus planen die Entstehung neuer Märkte und versuchen in Kooperation mit staatlichen Akteuren, diesen Prozess abzusichern. Sie konzentrieren sich auf die strategischen Kernbereiche der Herausbildung und Verteidigung dieser Märkte. Dies ist mit der Auslagerung jener Bereiche in abhängige kleinere und mittlere Unternehmen verbunden, die keine unmittelbare strategische Bedeutung haben.

Drohte schon der Industriekapitalismus die Ressourcen der Natur aufzuzehren, so beutet der Informationskapitalismus auch die kulturellen Ressourcen der Menschen aus. Deren Grundlage ist allgemeine Arbeit, Arbeit, die immaterielle Güter bereitstellt. Im Unterschied zu materiellen Gütern verschleißt immaterielle Güter durch ihren Gebrauch nicht. Je häufiger sie genutzt werden, desto größer ihre Produktivität und ihr Beitrag zur Wohlfahrt der Gesellschaft. Die private Monopolisierung dieser Reichtümer widerspricht deren Wesen als öffentliche Güter. Nur dann, wenn kultureller Reichtum allgemein zugänglich ist, kann er auch umfassend produktiv entwickelt und genutzt werden. Indem das Leben durch eine profitorientierte Kultur-, Medien- und Freizeitindustrie fast vollständig dominiert wird, wird die Fähigkeit von Menschen und Gemeinschaften, eigenständig kulturelle Zusammenhänge zu erzeugen und selbstbewusst den Sinn von Leben zu bestimmen, untergraben.

Der neue Kapitalismus ist zutiefst widersprüchlich. In rigoroser Weise verlangt er die Unterordnung unter das Ziel der Profitmaximierung und bedarf zugleich der Individualität, Kreativität, Kollektivität und Selbstverantwortung größerer Teile der Bevölkerung. Der Konzentration aller strategischen Kompetenzen bei den Konzernzentralen stehen Planungs- und Koordinationsaufgaben auf der Ebene der Arbeitsgruppen gegenüber. Die Monetarisierung aller Beziehungen widerspricht der Bedeutung von schöpferischem Eigeninteresse am Inhalt der Arbeit und von freier Kooperation. Dem Zwang, das gesamte Leben an schnell verwertbarer Leistung zu orientieren, steht die Bedeutung von Persönlichkeiten gegenüber, die reich an Bedürfnissen, Genüssen, Ideen und menschlichen Beziehungen sind. Das Ziel der Erhöhung der kurzfristigen Kapitalrendite und des Aktienwerts (des Shareholder value) widerspricht der Notwendigkeit langfristiger Marktentwicklung und perspektivreicher Unternehmensstrategien. Die Reduktion der Gesellschaft auf Märkte gefährdet die natürlichen, sozialen, politischen und kulturellen Bedingungen gesellschaftlicher Produktivität und Innovation. An diesen Widersprüchen des modernen Kapitalismus setzt sozialistische Politik mit dem Ziel an, die neuen Potenziale der Gesellschaft emanzipativ und solidarisch zu nutzen.

4. Die globalen sozialen Probleme

Am Beginn des 21. Jahrhunderts sind die Lebenschancen in der Weltgesellschaft zunehmend ungleich verteilt. Das betrifft alle Freiheitsgüter moderner Gesellschaften. Die globalen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Strukturen sichern das weit gehende Monopol der Oberschichten der Weltgesellschaft auf Bildung, Wissen, Kultur, Gesundheitsversorgung und soziale Sicherheit und schließen große Teile der Weltbevölkerung ganz oder teilweise davon aus. In vielen Ländern herrschen Dikta-

turen. Extrem ungleich ist der Verbrauch der Naturressourcen zwischen „Nord“ und „Süd“ verteilt. Zehn Prozent der Weltbevölkerung im Norden produziert und konsumiert mehr als 70 Prozent der Güter und Dienstleistungen weltweit. Die imperiale militärische und sicherheitspolitische Hegemonie der USA und der NATO sollen den Erhalt der ausbeuterischen Strukturen garantieren.

Die Regierungen weniger Staaten und die Führungen von einigen Weltkonzernen und internationalen Großbanken haben die weit gehende Kontrolle über die wichtigsten internationalen Institutionen erlangt. Die transnationalen Konzerne haben fast ausschließlich ihren Sitz in den USA, der EU und Japan. Die innerstaatliche Demokratie der kapitalistischen Hauptländer wird der Sicherung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit untergeordnet. In den Ländern der kapitalistischen Peripherie, in denen die übergroße Mehrheit der Weltbevölkerung lebt, werden die Regierungen zunehmend zu Ausführungsinstanzen der Beschlüsse der Institutionen des internationalen Kapitals, wie des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und der Welthandelsorganisation (WTO). Es entsteht ein neuer Autoritarismus globaler kapitalistischer Institutionen. Eine demokratische Partizipation an der Entscheidung über die Grundprozesse der Globalisierung und der eigenen Wirtschafts- und Sozialpolitik wird fast unmöglich gemacht. Werden diese Entwicklungen nicht gestoppt und umgekehrt, so entsteht ein neuer Totalitarismus der Herrschaft transnationaler wirtschaftlicher und politischer Gruppen mit Hilfe monetärer und handelspolitischer Instrumente, wirtschaftlicher und politischer Erpressung und imperialer militärischer Übermacht.

Die Kluft zwischen den Reichen und Armen hat sich in den letzten Jahrzehnten weltweit verdoppelt. Das obere Fünftel der Weltbevölkerung bezieht fünf Sechstel aller Einkommen. Große Teile der Weltbevölkerung sind ohne reguläre Erwerbsarbeit, haben keinen Zugang zu elementarer Gesundheitsversorgung und Bildung. Sie werden immer stärker durch die Belastung der natürlichen Umwelt bedroht. Ganze Weltregionen sind von einem Prozess des Zerfalls elementarer staatlicher Strukturen erfasst. Bürgerkriege machen in vielen Ländern jede Hoffnung auf Besserung zunichte. Afrikas Anteil am Welthandel ist auf ein Prozent gesunken.

Die herrschende wirtschaftliche Entwicklungsweise hat schon jetzt die Lebensgrundlagen einer Reihe von Völkern zerstört. Menschlich verursachte Naturkatastrophen vernichten zunehmend Leben, Umwelt, Gesundheit und Infrastruktur. Eine globale Klimakatastrophe wird immer wahrscheinlicher. Ein kleiner Teil der Weltbevölkerung eignet sich die große Masse der Rohstoffe und Umweltgüter an und vernichtet so rücksichtslos die Lebensgrundlagen der zukünftigen Generationen.

5. Die Bundesrepublik Deutschland

In Deutschland erfolgte der massive Übergang der herrschenden Politik auf die Positionen des globalen Neoliberalismus mit zeitlicher Verzögerung. War es zunächst vor allem die Existenz der DDR, die politische Kräfte und Unternehmerverbände zu einer gewissen Zurückhaltung zwang, so zog 1990 die deutsch-deutsche Vereinigung die weit gehende Zerstörung der ostdeutschen Wirtschaft nach sich und bedeutete eine Sonderkonjunktur für die westdeutsche Wirtschaft. Ungeachtet dessen wurde eine Politik der Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Leistungen sowie einer wirtschaftlichen und sozialen Deregulierung sowohl in der Bundesrepublik selbst als auch in der Europäischen Union vorangetrieben. Mit dem Regierungswechsel 1998 wurde eine sozialdemokratisch modifizierte Form des neoliberalen Herrschaftsprojekts in Angriff genommen.

Das solidarische Sozialversicherungssystem wird einer kapitalistischen Modernisierung geopfert, die zur dauerhaften sozialen Ausgrenzung von Millionen und zu einer tiefen sozialen Spaltung in Modernisierungs„gewinner“ und -„verlierer“ zu führen droht, obwohl die materiellen Möglichkeiten zur Besserstellung der Benachteiligten in der Gesellschaft erheblich gewachsen sind. Die zunehmende Unterordnung von Politik unter die wirtschaftlichen Verwertungsinteressen ist zum wesentlichen Kennzeichen der herrschenden politischen Konzepte geworden. Sie ist offenkundig aktuell geeignet, die Anpassung der wirtschaftlichen Reproduktionsbedingungen an den neoliberalen weltweiten Standortwettbewerb weiter zu befördern. Die sozialen, kulturellen und ökologischen Lebensbedingungen werden dadurch jedoch gefährdet.

Der politische Strategiewechsel ging mit der offenen Aufgabe jener machtpolitischen Zurückhaltung einher, die in der Vergangenheit zur Überwindung des Misstrauens der europäischen Völker gegenüber Deutschland, zur festen Einbindung der Bundesrepublik in die westlichen Integrationszusammenhänge und zu einer bestimmten Zivilisierung deutscher Politik beigetragen hatte. Die Zurückgewinnung voller Souveränität durch den Zwei-Plus-Vier-Vertrag 1990 wurde als Argument für die „Normalisierung“ deutscher Außen- und Militärpolitik, für den Anspruch auf eine dominante Rolle in der EU und für die aktive Beteiligung am Krieg gegen Jugoslawien genutzt.

Das politische System ist offenbar weniger als in den Nachkriegsjahrzehnten in der Lage, die Probleme human und sozial gerecht zu lösen. Der herrschenden Politik fehlen Visionen und der Wille zu sozialer Gestaltung. Sie ist von Machterhalt und kurzfristigen Sonderinteressen bestimmt. Soziale Deklassierung, Verunsicherung, Resignation, Entsolidarisierung und Zukunftsangst bereiten rechtsextremen und rassistischen Stimmungen und Organisationen mit den Boden. Die Sackgasse, in die das System geraten ist, wird am deutlichsten in Ostdeutschland sichtbar.

Die herrschenden Eliten des vereinigten Deutschlands haben das besondere historische Erbe der Geschichte der DDR und ihrer friedlichen Volksbewegung von 1989/90 ausgeschlagen. Die spezifischen Erfahrungen von Menschen im zweiten deutschen Staat nach 1945 wurden ignoriert. Dies gilt unter anderem für die Erfahrungen von Frauen in einer Gesellschaft der Vollbeschäftigung von erwerbsfähigen Männern und Frauen, für die Integration von Produktion und sozialen Leistungen in Betrieben, für die genossenschaftliche Landbewirtschaftung, die integrierten Gesundheitsdienste, die Eigenständigkeit des akademischen Mittelbaus an den Hochschulen, die Multidisziplinarität an Universitäten, die breite Förderung kultureller und sportlicher Einrichtungen, von Kinderbetreuungseinrichtungen und Einrichtungen zur Freizeitbeschäftigung Jugendlicher. Es wurde eine einseitige Anpassung an Westdeutschland gefordert und weit gehend erzwungen.

Das politische Konzept, durch die bloße Übernahme westdeutscher Institutionen einen selbsttragenden Aufschwung erreichen zu wollen, ist gescheitert. Gescheitert ist die Hoffnung, dass der Markt die Dinge richten wird. Gescheitert ist die Illusion, bei Missachtung ostdeutscher Erfahrungen und Biographien, nach weit gehender Abwicklung der DDR-Intelligenz, bei Verringerung des ostdeutschen Industrieforschungspotenzials auf unter 20 Prozent gegenüber 1989 und bei andauernder Diskriminierung Ostdeutscher einfach zur Tagesordnung überzugehen. In dem Jahrzehnt nach 1990 haben 1,5 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter mit ihren Kindern Ostdeutschland verlassen. Viele Gebiete Ostdeutschlands sind von Unterentwicklung erfasst worden.

Das in Ostdeutschland stark ausgeprägte Verlangen nach sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit, die kapitalismuskritischen Haltungen und das verbreitete Misstrauen gegenüber der Funktionsweise der bundesdeutschen Demokratie sowie die Forderung nach mehr direkter Demokratie sind kein ostdeutscher Rückstand, sondern ein

wichtiger Ausgangspunkt für soziale, ökologische und demokratische Politik. Die Bedeutung regionaler Verflechtung kleiner und mittlerer Unternehmen, die zentrale Stellung regionaler Binnenmärkte, die entstandenen Ansätze öffentlich geförderter Beschäftigung wollen wir für den Übergang zu sozial und ökologisch nachhaltiger Entwicklung nutzen.

Der von vielen Menschen gewünschte und geforderte grundlegende Politikwechsel ist von den Regierenden in Deutschland und in der EU blockiert worden. Der Neoliberalismus ist in Deutschland geistig und kulturell dominant. Die politischen und sozialen Gegenkräfte sind bisher schwach und kaum miteinander verknüpft. Wir stellen jedoch fest, dass sich das intellektuelle Klima zu wandeln beginnt. Wir wollen aktiv dazu beitragen, die konservativ-neoliberale Hegemonie zu überwinden und gemeinsam mit Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und anderen politischen Kräften für ein neues politisches Projekt der sozialen, ökologischen und demokratischen Erneuerung der Gesellschaft wirken.

6. Die Europäische Union

Im Bruch mit grundlegenden politischen Vorstellungen der Vergangenheit sprach sich die PDS bereits Anfang 1990 für die Beteiligung an der Europäischen Gemeinschaft aus. In ihrem Europawahlprogramm stellte sie eindeutig fest: „Die PDS ist eine europäische sozialistische Partei. Sie sagt Ja zur europäischen Integration.“ Dabei bestehen keine Illusionen. Die Europäische Union ist in den 90er Jahren mit den Verträgen von Maastricht und Amsterdam noch stärker zu einer von Banken- und Konzerninteressen geprägten Integrationszone ausgebaut worden. Die nationalen Regierungen und die Europäische Kommission nutzen die EU als eines ihrer machtvollsten Instrumente zur Durchsetzung neoliberaler Deregulierung und Privatisierung in Europa. Die Einführung der gemeinsamen Währung erfolgte als Bestandteil des Angriffs auf europäische sozialstaatliche Traditionen und unter Missachtung aller Erfordernisse wirtschafts-, sozial- und beschäftigungspolitischer Koordinierung.

Am Anfang des 21. Jahrhunderts steht die Europäische Union ihren Bürgerinnen und Bürgern als eine machtvolle, aber unsoziale und undemokratische Realität gegenüber. Weit reichende Souveränitätsrechte der Staaten sind an die EU abgegeben und der nationalen demokratischen Kontrolle entzogen worden, ohne der demokratischen Entscheidung des Europäischen Parlaments unterworfen worden zu sein. Mit dem Schengener Abkommen und mit ihrer Handels- und Landwirtschaftspolitik erweist sich die EU als eine Festung gegen die Nöte des Südens und Ostens. Begonnen hat die Umwandlung der EU in eine Militärunion. Sie beansprucht, zusätzlich zur NATO, mit einer hochtechnologischen Interventionsmacht international und gegebenenfalls unter Bruch des Völkerrechts militärisch operieren zu können. Der Beitritt mittel- und osteuropäischer Staaten, der zur Überwindung europäischer Spaltungen, zu einer sozialen, demokratischen, ökologischen und nicht zuletzt zivilen Erneuerung der europäischen Integration beitragen könnte, wird dem neoliberalen und militärischen Machtanspruch der EU untergeordnet.

Diese – in der deutschen Öffentlichkeit weit gehend verschwiegenen – Entwicklungen und ihre Gefahren benennen wir klar. Ihnen leisten wir gemeinsam mit europäischen und anderen sozialen Bewegungen Widerstand. Zu ihnen formulieren wir unsere Alternativen eines neuen Integrationsprojektes, das erstens die Demokratiedefizite der EU überwindet, zweitens die europäische Integration sozial und ökologisch orientiert, drittens die Osterweiterung und die Neugestaltung des Verhältnisses von Westeuropa zu Russland, der Ukraine und den anderen Staaten der Osteuropas

nutzt, um in Europa eine von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit bestimmte kooperative und dauerhafte Friedenssicherung zu gewährleisten.

Die Nationalstaaten sind auch in Europa noch die entscheidenden politischen Räume. Für die Verteidigung und die Erneuerung der demokratischen, sozialen und anderen Errungenschaften, die dem Manchesterkapitalismus abgerungen wurden und ihn überwand, sind die Kämpfe in den Nationalstaaten nach wie vor bedeutsam, doch sie reichen nicht aus. Die Europäische Union ist die notwendige politische und wirtschaftliche Ergänzung, um einen über die neoliberale Globalisierung vermittelten Abbau von Sozialstaatlichkeit abzuwehren und hohe soziale und ökologische Standards, die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, kontinentale Solidarität, kulturellen Reichtum und demokratische Teilhabe aller an ihren kommunalen ebenso wie ihren europäischen Angelegenheiten zu sichern.

Wir stellen fest, dass manche Ansätze in der Beschäftigungs-, Umwelt-, Sozial- und Regionalpolitik der Europäischen Kommission und der politischen Zusammenarbeit in der EU auch heute schon Chancen bieten, nationale Borniertheit zurückzudrängen, die politische Kultur anderer Völker nutzbar zu machen, politische Kräfteverhältnisse zugunsten eines modernen zivilgesellschaftlichen Widerstandes gegen den globalen Neoliberalismus zu verändern. So, wie das 20. Jahrhundert mit dem ersten Krieg zu Ende ging, an dem die EU auch formal beteiligt war, dem Krieg gegen Jugoslawien, so muss das 21. Jahrhundert jenes werden, in dem der Krieg endgültig vom europäischen Kontinent verbannt ist. Es gibt für uns kein wichtigeres Ziel europäischer Politik.

7. Das politische Projekt der „Neuen Mitte“

Die Kluft zwischen den Versprechungen des neoliberalen Kapitalismus einerseits und wachsender sozialer Spaltung, Unsicherheit und Bedrohung andererseits hatte den Druck der Bevölkerung auf die herrschenden Eliten erhöht, Alternativen anzubieten. In den USA wie in Europa kam es zum Aufstieg einer Politik der „Neuen Mitte“ oder der „Dritten Wege“. Die Hoffnungen auf eine Wende hin zu einer sozialen und ökologischen Politik wurden jedoch überwiegend enttäuscht. An die Stelle eines versprochenen sozialen und emanzipatorischen Projekts trat eine politische Strategie, die die Grundtendenzen des neoliberalen Kapitalismus mit sozialer Reintegration zu verbinden sucht. Ziel ist ein neuer Gesellschaftsvertrag, bei dem die Peitsche der „Sachzwänge“ der Kapitalverwertung mit Zugeständnissen an verschiedene Gruppen der Bevölkerung verbunden wird. Es ist ein modifizierter Herrschaftsvertrag.

Die Konkurrenz der weltwirtschaftlichen Blöcke, Staaten, Gesellschaften, Regionen und Individuen um ihre Behauptung auf globalisierten Märkten wird durchgesetzt. Gleichzeitig soll ein „aktivierender Staat“ durch Investitionen in Bildung und Infrastruktur die Wettbewerbsfähigkeit der Gesellschaften und der Einzelnen auf dem Arbeitsmarkt steigern. Die Privatisierung sozialer Risikoversicherung wird weiter ausgebaut, aber sie erhält staatliche Förderung. Die Durchsetzung eines breiten Niedriglohnsektors wird betrieben, aber staatliche Lohnzuschüsse oder Steuernachlässe sollen diesen akzeptabler machen. Mit den Kerngruppen der Lohnabhängigen und ihren Gewerkschaften wird ein Konsens gesucht, um diese Strategie konfliktfreier durchzusetzen. Dabei werden ihnen Zugeständnisse gemacht, während andere Teile der Beschäftigten und Arbeitslose ohne ausreichende solidarische Unterstützung bleiben.

Der angestrebte neue Gesellschaftsvertrag unter Wahrung der Dominanz globalisierter Kapitalverwertungsinteressen kann sich zur Zeit auf eine Mehrheit in der Gesellschaft stützen, da er gegenüber dem harten Neoliberalismus das kleinere Übel ist. Er

vermag es unter bestimmten Umständen mittelfristig, zugleich Höchstprofite zu sichern, große Teile der Mittelschichten in dieses Projekt zu integrieren und die unteren Klassen teilweise abzufinden. Die soziale Regulation der Anpassung und Unterordnung unter den neuen Typ von Kapitalverwertung kann zur zeitweiligen Stabilisierung führen und sich als Gewinn für die einen, partielle Hilfe für andere und alternativer Abstieg für viele erweisen.

Das politische Projekt der „Neuen Mitte“ ist ambivalent. Es ist unvereinbar mit der Durchsetzung der sozialen, politischen und kulturellen Rechte für alle Menschen und unfähig, die entscheidenden Probleme des 21. Jahrhunderts zu lösen. Dieses Projekt führt nicht zu einer stabilen neuen Mitte, sondern unterwirft diese der Unsicherheit und Differenzierung und erzeugt eine tiefe soziale Spaltung zwischen Oben und Unten, Reich und Arm, hochqualifizierten Besitzern von lukrativen Arbeitsplätzen mit Vermögen einerseits und jeder Zeit ersetzbaren Dienstboten ohne jedes Vermögen andererseits.

Die sozialen Sicherungssysteme werden teilweise individualisiert und sind in Gefahr, an die extrem unsicheren internationalen Finanzmärkte angekoppelt zu werden. Die ökologischen Probleme werden trotz Teilverbesserungen global verschärft. Die Überwindung von Armut, Hunger und Beschäftigungslosigkeit im Süden wird weitgehend den dafür untauglichen Mitteln internationaler Märkte überlassen. Durch die Errichtung einer unilateralen Sicherheitsordnung der USA und ihrer Verbündeten und deren Selbstermächtigung zu militärischen Interventionen soll dieses System stabilisiert werden.

Das politische Projekt der „Neuen Mitte“ bietet aber auch neue Formen sozialer Integration an. Im Unterschied zum klassischen Neoliberalismus erkennt es die Legitimität der Vertretung sozialer Interessen gegenüber dem Kapital an. Durch Bildung kann die „Verkaufsmacht“ der Ware Arbeitskraft gegenüber dem Kapital erhöht werden. Die partielle Stabilisierung sozialer Sicherung kann der Tendenz zur völligen Unterordnung unter Kapitalverwertungsinteressen entgegenwirken. Die Einbindung von Gewerkschaften und Umweltorganisationen kann zur Vertretung von wichtigen sozialen und ökologischen Interessen führen. Die Förderung von zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation kann die Gesellschaft gegenüber Kapitalverwertung, patriarchalen Herrschaftsverhältnissen und Rassismus stärken. Die Fähigkeit zum Widerstand und die Bereitschaft zur Solidarität können wachsen. Dies böte die Chance, wenigstens das sozialstaatliche Modell des west- und nordeuropäischen Kapitalismus erfolgreich zu verteidigen.

Die Zwiespältigkeit des politischen Projekts der „Neuen Mitte“ ist ein Ausgangspunkt unserer Politik. Wir wenden uns entschieden gegen jene Tendenzen, die eine neue Welle von Ausbeutung, Herrschaft und Diskriminierung durchsetzen. Wir unterstützen alles, was zivile Gegenmächte, Demokratie und gleichen Zugang zu den Freiheitsgütern unserer Gesellschaften stärkt. Wir arbeiten an dem Aufbau eines Reformbündnisses der tatsächlichen sozialen, ökologischen und demokratischen Erneuerung und wollen uns als Partner in dieses Bündnis einbringen.

III. Sozialistische Politik – Kampf um Gerechtigkeit

Sozialistische Politik hat ihren Ausgangspunkt dort, wo Menschen sich gegen Ungerechtigkeit wehren. Sie greift die Forderungen nach freier und gleicher Teilhabe aller an den gesellschaftlichen Freiheitsgütern auf. Sie findet statt, wo die Würde der Menschen wiederentdeckt wird statt ihre Vermarktung hinzunehmen, wo Menschen Mut fassen für emanzipatorisches Handeln statt sich der wirtschaftlichen Konkurrenzlogik unterzuordnen, wo Menschen sich selbst in die Lage versetzen, Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse zugunsten selbstbestimmter und solidarischer Entwicklung zu verändern statt auf die Veränderung durch andere zu warten.

Sozialistische Politik gründet in dem Widerspruch zwischen den Interessen der herrschenden Mächte und den Interessen der von ihnen Abhängigen, Ausgebeuteten, Ausgenutzten. Empörende soziale Ungleichheit auf dem Erdball, soziale und patriarchale Spaltung der Gesellschaften, die Gefährdung ihres sozialen Zusammenhalts und der natürlichen Lebensgrundlagen bringen Gegenbewegungen hervor. Ihr Ziel ist es, die emanzipatorischen Potenziale der gegenwärtigen sozialen, kulturellen und politischen Umbrüche für eine gerechtere Welt freizusetzen.

Sozialistische Politik und jede Politik, die die Würde der Menschen in den Mittelpunkt stellen will, wird die Macht des organisierten Kapitals herausfordern. Aber sie selbst kann ebenfalls machtvoll sein. Ihre Macht ist die der Demokratisierung der Gesellschaft. Demokratie aber hängt von den Kräfteverhältnissen in der Gesellschaft und vor allem in der Wirtschaft ab. Wer machtlos ist, hat keine Verhandlungsmacht und ist kein Partner. Die Allmacht des organisierten großen Kapitals zieht die Ohnmacht der Politik gegenüber der Wirtschaft zwangsläufig nach sich. Dies wollen wir ändern.

Sozialistische Politik widersetzt sich den so genannten Sachzwängen. Es sind Zwänge, die sich aus der Übermacht der einen und der relativen Machtlosigkeit der anderen ergeben. So wie im politischen System die Gewaltenteilung eine Bedingung für Demokratie ist, so ist die Teilung von ökonomischer Macht Bedingung einer sozialen und ökologischen Wirtschaftsordnung. Eine gemeinwohlorientierte Entwicklung kann nur aus der Institutionalisierung sozialer und ökologischer Gegenmächte gegenüber der Macht bloßer Kapitalverwertung und der Besitz- und Konsummaximierung derjenigen erfolgen, die den gesellschaftlichen Reichtum gehortet haben.

Sozialistische Politik ist keinem abstrakten Modell verpflichtet, sondern stellt eine kapitalismuskritische Bewegung dar. Wir wollen im Widerstand gegen sozialen und politischen Rückschritt das Bestehende verändern und zugleich Wege in eine von Ausbeutung, Unterdrückung und Naturzerstörung befreite Weltgesellschaft finden. Auf diesem Wege der Emanzipation kann auch jeder einzelne Schritt nur emanzipatorisch sein.

Sozialistische Politik ist eine offene Suche nach Auswegen aus Unterdrückung, Ausbeutung und Diskriminierung. Wir achten andere demokratische Überzeugungen und wollen den politischen und geistigen Wettbewerb mit ihnen. Die Möglichkeiten sozialistischer Politik können nur gemeinsam mit anderen politischen und sozialen Kräften entwickelt werden: in den realen Bewegungen und sozialen Kämpfen der Gesellschaft, aus den konkreten Interessen und aktuellen Erfahrungen der Menschen, in der Auseinandersetzung mit den gesellschaftskritischen Debatten der Gegenwart.

Sozialistische Politik tritt für einen grundlegenden Politikwechsel ein, in dessen Zentrum die Öffnung der gesellschaftlichen Entwicklung für emanzipatorische Prozesse und soziale und ökologische Nachhaltigkeit steht. Die Politik der SPD schließt bisher

die Suche nach Kompromissen mit Kräften links von ihr und die Suche nach einer echten Alternative zum Neoliberalismus weit gehend aus. Wir wollen dazu beitragen, eine gegenläufige Entwicklung durchzusetzen, eine Öffnung der Sozialdemokratie, der geistigen und politischen Verhältnisse nach links. Aktuell und realistisch bedeutet das für einen mittelfristigen Zeitraum nicht mehr und nicht weniger als für solche Veränderungen zu streiten, die soziale Polarisierungen nicht vertiefen, sondern abbauen, und das bedeutet engagierte Politik für einen Einstieg in den sozial-ökologischen Wandel.

Sozialistische Politik ist dem Leitbild selbstbestimmt und solidarisch handelnder Menschen in einer Gesellschaft des gerechten Zugangs zu ihren Freiheitsgütern verpflichtet. Die reale Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungsprozessen in der Gesellschaft, Frieden und Schutz vor Gewalt, die Erhaltung der Natur und ihre gerechte Nutzung, der Zugang zu Erwerbsarbeit für alle, gleiche soziale Chancen beim Zugang zu Bildung und Kultur und soziale Sicherheit sind die Güter, die jeder und jedem in den heutigen und künftigen Generationen, im Norden und Süden der Erde zustehen. Sie sind die Allmende der Gegenwart, unser gemeinsamer Reichtum, und müssen der Vorherrschaft des Kapitals, der Unterwerfung unter seine Verwertung und Profitmaximierung entzogen werden. Sie müssen jeder und jedem unabhängig von Geschlecht oder Nationalität gleichermaßen zustehen. Ohne sie können Menschen nicht glücklich sein.

Sozialistische Politik in der Gegenwart unserer Gesellschaft und der Europäischen Union bedeutet daher für uns *erstens* Streit für die Möglichkeit der realen Teilhabe aller an der Gestaltung der Gesellschaft, denn Freiheit braucht die Demokratisierung der Macht.

Sozialistische Politik ist für uns *zweitens* Streit für Frieden und Freiheit von Gewalt, denn die Durchsetzung des Rechts auf Leben für jede und jeden Einzelnen ist auch die elementarste Voraussetzung der Freiheit für alle.

Sozialistische Politik heißt für uns *drittens* Streit für die Bewahrung und Gestaltung unserer natürlichen Umwelt, denn die Natur ist das gefährdetste Freiheitsgut der gesamten Menschheit und ein Erbe, das wir „den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen“ haben (Marx).

Sozialistische Politik ist für uns *viertens* Streit für eine Gesellschaft grundlegend erneuerter Vollbeschäftigung, denn existenzsichernde, sozial anerkannte und ökologisch orientierte Arbeit für alle trägt unter heutigen Bedingungen am wirkungsvollsten dazu bei, der individuellen Freiheit eine soziale Grundlage zu geben.

Sozialistische Politik ist für uns *fünftens* Streit für den sozial gleichen Zugang zu Bildung, Kultur und Information. Denn in der Wissensgesellschaft werden diese gesellschaftlichen Güter in völlig neuer Weise über die Chancen der Einzelnen und die Zukunft der Gesellschaft bestimmen.

Sozialistische Politik heißt für uns *sechstens* Streit für soziale Sicherheit und die Bewahrung und Erneuerung solidarischer sozialer Sicherungssysteme, denn soziale Sicherheit ist eines der zentralen Güter menschenwürdigen Lebens.

1. Demokratische Teilhabe

Die Möglichkeit aller, gleichberechtigt an der Gestaltung der Gesellschaft teilzuhaben, ist das politisch wichtigste Freiheitsgut. Es darf nicht von Besitz, sozialer Stellung, Geschlecht und Herkunft abhängig sein. Seine Substanz darf nicht durch die globale Deregulierung zerstört werden. Demokratisierung des Staates, der Wirtschaft und der Gesellschaft ist für uns die Schlüsselfrage bei der Verteidigung und Erweiterung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger in der Gegenwart.

Wir wollen, dass das politische System erneuert wird, damit die Bürgerinnen und Bürger endlich in wirklich demokratischer Weise selbst über ihre Zukunft entscheiden können.

Die individuellen politischen Grundrechte, freie Wahlen, die parlamentarische Demokratie, politischer Pluralismus, Gewaltenteilung und Rechtstaatlichkeit sind für uns unverzichtbare Errungenschaften emanzipatorischer Kämpfe. Mit Rosa Luxemburg sind wir der Überzeugung, dass „es sich bei den demokratischen Formen des politischen Lebens in jedem Lande... tatsächlich um höchst wertvolle, ja unentbehrliche Grundlagen sozialistischer Politik handelt“. Das Beseitigen wichtiger demokratischer Formen und Institutionen in den staatssozialistischen Ländern haben wir als zerstörerischen Rückschritt erfahren. Wir verteidigen daher heute und in Zukunft solche demokratischen Formen und Institutionen als elementare Bedingungen jeder Freiheit.

Ausgehend von den Erfahrungen mit politischen Diktaturen stellen wir fest, dass die entfesselte Macht großer Konzerne und Finanzorganisationen sowie die globale Deregulierung zur Gefährdung von Demokratie, Parlamentarismus und die Verwirklichung der Menschenrechte geworden sind. Die schon in der bisherigen Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft eingeschränkten sozialen Voraussetzungen einer Demokratie werden untergraben. Demokratische Antworten auf die Globalisierung werden bewusst zugunsten der Erhaltung und des Ausbaus des internationalen Monopols der westlichen Metropolen und ihrer Konzerne über Entscheidungsprozesse verhindert. Die Medienkonzerne, die neue gewaltige „vierte Macht“, sind der demokratischen Kontrolle weitestgehend entzogen. Der Weltmarkt und die ihn regulierenden Institutionen von Welthandelsorganisation (WTO) und Internationalem Währungsfonds (IWF) haben sich zu einer alle anderen Gewalten dominierenden Macht entwickelt.

Niemals wieder werden wir die individuelle politische Freiheit als Grundlage aller Freiheit gering schätzen. Wir wollen, dass Bedingungen geschaffen werden, die jeder und jedem die gleichen Chancen für den dauerhaften Zugang zu den gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen bieten. Eine Demokratie, die die Menschen ermutigt, alle Möglichkeiten wahrzunehmen, sich selbstbewusst an der Diskussion gesellschaftlicher Fragen zu beteiligen und über sie zu entscheiden sowie solidarisch einzugreifen, wenn Menschenrechte bedroht sind, ist ein zentraler Charakterzug zukunftsfähiger Gesellschaften.

Wir wollen, dass die Rechte der Bürgerinnen und Bürger und ihrer Organisationen gegenüber dem Staat und der Wirtschaft geschützt und ausgebaut werden. Unsere Vorstellung von der zukünftigen Rolle des Staates ist die eines entbürokratisierten und von einer selbstbestimmten Zivilgesellschaft geprägten Staates. Demokratie verlangt, dass ein solcher Staat seine Verantwortung für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft, die Förderung der sozial Benachteiligten und als demokratische Institution gegenüber der Macht der nationalen und internationalen Wirtschaftsakteure wahrnimmt. Diese Position bestimmt auch unseren Beitrag in der Debatte über eine europäische Verfassung.

Wir wenden uns gegen jede Form juristischer, politischer, sozialer und kultureller Diskriminierung. Wir prangern die anhaltende Benachteiligung Ostdeutscher an. Sie ist eine ernste Gefahr für die demokratische Verfasstheit unseres Landes. Demokratie ist nicht zuletzt von der Möglichkeit abhängig, die unterschiedlichen Interessen selbstbewusst vertreten zu können. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der kulturelle Reichtum, die Erfahrungen, der Leistungswille der Ostdeutschen und die Notwendigkeit einer selbsttragenden Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland zu einem

Ausgangspunkt für die zukunftsfähige demokratische, wirtschaftliche und ökologische Erneuerung der Bundesrepublik Deutschland als Ganzes genutzt werden.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Menschen verschieden sein können und ihre Verschiedenheit geachtet wird. Die von uns geforderte Demokratisierung der Gesellschaft verlangt, dass Betroffene ihre Interessen wirksam selbst vertreten können. Ihre Rechte und ihre finanziellen und politischen Möglichkeiten müssen gestärkt werden. Die Gewährung der Bürger- und Menschenrechte für Migrantinnen und Migranten in Deutschland und in der Europäischen Union gehört zu unseren unaufgebbaren Positionen. Menschenrechte sind nicht teilbar, nicht in politische und soziale, individuelle und kollektive, nicht in Menschenrechte für Deutsche und Nichtdeutsche, nicht in Rechte für Menschen ohne und für Menschen mit Behinderungen, nicht in Männerrechte und Frauenrechte.

Solange Frau und Mann nicht in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichgestellt und die Voraussetzungen dafür geschaffen sind, dass Frauen in der Arbeitswelt und in der Reproduktionsarbeit wie in allen anderen gesellschaftlichen Aktivitäten gleiche Teilhabe wahrnehmen können, solange werden Demokratie und Menschenrechte in Deutschland und der Europäischen Union ein unvollendetes Projekt bleiben. Wir halten unsere Forderung nach einem Recht der Frauen auf selbstbestimmte Schwangerschaft uneingeschränkt aufrecht.

Wo die parlamentarische Demokratie gegen die Macht und Interessen der Banken, Anlagefonds und Konzerne und ihren antiparlamentarischen Lobbyismus verteidigt wird, wird die PDS ebenso zu finden sein wie bei der Verteidigung und Wiedergewinnung kommunaler Selbstverwaltung gegen ihre finanzielle und politische Strangulierung. Wir werden dafür streiten, die repräsentative Demokratie mit starken Formen direkter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen, Landkreisen und Ländern zu verbinden und auf Bundes- und EU-Ebene Volksentscheide einzuführen.

Neue Bedeutung gewinnt die Gestaltung und Stärkung demokratischer Gegenmächte gegenüber den Wirtschaftsinteressen. Die Idee der Wirtschaftsdemokratie ist für uns keine anachronistische Forderung, sondern ein Erfordernis des sozial-ökologischen Umbaus der Zukunft. Wir setzen uns dafür ein, dass Belegschaften, Gewerkschaften, Verbraucher- und Naturschutzverbände, Bürgerinnen- und Bürgerinitiativen, kommunale und parlamentarische Vertretungen politisch und rechtlich in die Lage versetzt werden, die sozialen, ökologischen und kulturellen Lebensinteressen der heutigen und der künftigen Generationen machtvoll gegenüber solchen ökonomischen Verwertungsinteressen zur Geltung zu bringen, die diesen Lebensinteressen entgegenstehen.

Die Erneuerung der Demokratie ist ohne die Veränderung der Regulationsweise unmöglich. Wir wollen, dass neue volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen mit marktkonformen Instrumenten und Ordnungspolitik, mit Geboten und – soweit erforderlich – Verboten das Gewinninteresse der Unternehmen auf nachhaltige Entwicklungen orientieren. Wo soziale Kälte und ökologische Blindheit der Marktkräfte zerstörerisch wirken, müssen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik dem durch Gesetze Grenzen setzen. Wo diese Grenzen missachtet werden, sind andere Regulationsmechanismen als der Markt erforderlich.

Globalisierung ohne Demokratisierung der internationalen Beziehungen erzeugt Diktatur und imperiale Herrschaft. Eine neue demokratische Weltordnung muss die globalen wirtschaftlichen, sozialen, politischen, kulturellen Prozesse regulieren. Dazu gehören Stärkung und Demokratisierung der UNO und ihrer Unterorganisationen, gleichberechtigter Einfluss des Südens und Ostens in Welthandelsorganisation, internationalem Währungsfonds und Weltbank, Re-Regulierung der Finanzmärkte, die Einführung von international wirksamen Devisenumsatz- und Kapitalverkehrssteuern,

gesicherte Kontrollen großer Kapitalbewegungen und eine engere Bindung von Dollar- und Euro-Kursen. Die umfassende Durchsetzung von Menschenrechten und die Einführung international geltender, möglichst hoher sozialer und ökologischer Standards erfordern eine verbindliche Unterstützung der ökonomisch schwächeren durch die reicheren Länder, sollen diese Forderungen nicht zum Druckmittel in den Händen des Nordens werden.

2. Frieden und Gewaltfreiheit

Der Schutz des Lebens ist das elementarste Gut, auf das alle Menschen Anspruch haben. Die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ stellt heraus: „Der Mensch hat das Recht auf Leben und Freiheit und Sicherheit der Person.“ Mit Leidenschaft werden wir uns dafür engagieren, diesem Recht und seiner Verwirklichung als Gewaltfreiheit nach innen und Frieden nach außen Geltung zu verschaffen.

Von 1945 bis 1988 fanden 202 Kriege statt. In den zehn Jahren danach kamen 42 neue Kriege hinzu. Sie forderten erneut Millionen Tote und Verwundete. Bürgerkriege in vielen Ländern der Welt haben die Lebensgrundlagen ganzer Völker für lange Zeit zerstört. Hunderttausende irakische Kinder sind im Gefolge des UN-Embargos gestorben. Eine neue Welle der Hochrüstung hat begonnen. Jährlich werden für Rüstung weltweit 700 Milliarden Dollar ausgegeben. Deutschland hat noch vor Großbritannien und China das vierthöchste Militärbudget. 90 Prozent der Ausgaben für militärische Forschung werden durch die USA und ihre Verbündeten getätigt. An die Stelle der Gefährdungen des Kalten Krieges zwischen den USA und der Sowjetunion sind Gefahren getreten, die aus Unterentwicklung, Staatenzerfall, ökologischer Degradation und einer neuen imperialen Sicherheitsordnung erwachsen. Ein Fünftel der Militärausgaben würde reichen, um nachhaltig die Grundversorgung aller Menschen mit Nahrungsmitteln, Trinkwasser, Bildung und Gesundheitsbetreuung zu sichern.

Die PDS versteht sich als konsequente Antikriegspartei. Diese Position, die unseren Widerstand gegen den Krieg der NATO gegen Jugoslawien begründet hat, wird uns auch künftig leiten. Frieden oder Barbarei! Jeder realistische Weg und jeder einzelne Schritt, Krieg endlich und endgültig zu ächten und Rüstungen und Streitkräfte abzubauen, wird von uns unterstützt werden. Keine Mutter soll ihre Kinder durch Krieg verlieren, keine Familie vertrieben, keine Frau vergewaltigt werden, kein Kind als Soldat Kriegsdienst leisten.

Wir wissen, dass einer solchen Politik die Interessen mächtiger transnationaler Unternehmen an Einfluss und Ressourcen, die Interessen von Rüstungsunternehmen und starker politischer Machtgruppen entgegenstehen. Wir wissen, dass in vielen Ländern eine zivile, demokratische und soziale Staatsmacht erst noch aufgebaut werden muss. Doch das Ziel kann nicht kleiner sein: Krieg gehört nicht auf die Erde, sie ist zu klein und zu verletzlich dafür. Krieg gehört nicht in die Politik, denn er ist ihr Versagen. Krieg gehört nicht in die Zukunft, denn er zerstört Zukunft. Die Menschen haben ein Recht auf Frieden, die Politik hat eine Pflicht, Kriege unmöglich zu machen.

Mit dem Krieg gegen Jugoslawien ist der ursprüngliche Konsens, von deutschem Boden dürfe nie wieder Krieg ausgehen, zerstört worden. Die PDS war die einzige Bundestagspartei, die den ursprünglichen Konsens zehn Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer verteidigt hat. Davon werden wir niemals abrücken! Die Geschichte Deutschlands und seine Verantwortung für zwei Weltkriege verbieten nicht angebliche Sonderwege, sondern gebieten eine uneingeschränkte Friedenspflicht.

Unsere Ziele bleiben das Verbot und die Beseitigung aller nuklearen und anderen Massenvernichtungswaffen, ein Stopp für die Produktion hochtechnologischer An-

griffswaffen und aller Rüstungsexporte, die Abschaffung der Wehrpflicht und aller anderen Zwangsdienste. Wir sagen Nein zur Bildung eines neuen hochgerüsteten westeuropäischen Militärblocks und fordern eine friedensstiftende Korrektur der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union.

Die PDS definiert ihre sozialistische Politik als Menschenrechtspolitik. Ihr Engagement für Menschen- und Minderheitenrechte ist konsequent und unteilbar. Imperiale Menschenrechtspolitik ist Politik gegen die Menschenrechte. Imperiale Sicherheitspolitik untergräbt die Grundlagen gemeinsamer Sicherheit. Wir akzeptieren keinen Missbrauch der Menschenrechtspolitik für militärische Interventionen und für die Schwächung der UNO und des auf ihrer Charta beruhenden Völkerrechts. Deshalb lehnen wir auch die von den USA und ihren Verbündeten praktizierte Missachtung des internationalen Gewaltmonopols des Sicherheitsrats der UNO strikt ab.

Das von den USA und der durch sie geführten NATO beanspruchte internationale militärische Machtmonopol ist keine Lösung für die überall aufbrechenden Konfliktherde, sondern ein Teil ihrer Ursachen. Dieser Machtanspruch verstärkt den Zerfall von Staaten und hat eine neue Welle von atomarer, hochtechnologischer und konventioneller Rüstung in Gang gesetzt. Da die NATO eine – völkerrechtswidrige – nukleare Abschreckungsdoktrin verfolgt und Anspruch auf Interventionsrechte rund um den Erdball erhebt, fordern wir, die NATO durch ein gesamteuropäisches und internationales Sicherheitssystem zu ersetzen oder sie in ein solches umzuwandeln. Auch die USA und die NATO müssen sich endlich dem Völkerrecht unterordnen.

Wir sind der Idee gemeinsamer und ziviler Sicherheit und einer Politik präventiver Konfliktvorbeugung und -lösung verpflichtet. Ihre wichtigsten Instrumente sind die gleichberechtigte Zusammenarbeit der Staaten, die Stärkung der Vereinten Nationen, die Demokratisierung der internationalen Beziehungen und eine gerechtere Weltwirtschaft, die radikale Abrüstung, das Verbot des internationalen Waffenhandels, einschließlich des Handels mit den so genannten Kleinwaffen, und die konsequente Kontrolle dieses Verbots. Soziale und ökologische Nachhaltigkeit ist nur im Frieden möglich, Frieden dauerhaft nur gesichert, wenn verhindert wird, dass Ressourcenknappheit zu neuen Kriegen beiträgt.

Krieg beginnt immer in den Köpfen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Erziehung zu Frieden und Toleranz in den Schulen und in der gesamten Gesellschaft zu stärken. Gewaltfreiheit nach außen wird unmöglich bleiben, wenn Gesellschaft und Politik nicht Gewaltfreiheit nach innen anstreben und erreichen. Für 90 Prozent der Bevölkerung stellt Gewalt die größte persönliche Bedrohung dar. Viele Frauen und Kinder sind alltäglich physischer Gewalt ausgesetzt. Im Jahre 2000 wurden fast 16.000 Straftaten mit rechtsextremistischem, fremdenfeindlichem und antisemitischem Hintergrund öffentlich erfasst.

In Deutschland stellen wir eine Verrohung der politischen Kultur, empörenden Rassismus, Antisemitismus und Intoleranz gegenüber anderen Lebensweisen fest. Wir sind überzeugt, dass das Wiederaufleben rechtsextremer und neonazistischer Kräfte aus der Mitte der Gesellschaft und aus der bewussten Missachtung gegenüber der Aufgabe entsteht, allen Menschen ein soziales und menschenwürdiges Leben zu bieten. Deutsche Geschichte und Gegenwart stellen uns in eine besondere Verantwortung für aktiven Antifaschismus und Widerstand gegen rechtsextreme Entwicklungen.

Wir wollen gemeinsam mit anderen die Ursachen für den Rechtsextremismus beseitigen und soziale, freiheitliche und kulturelle Antworten auf die gesellschaftlichen Probleme finden. Junge Menschen müssen eine Gesellschaft erfahren können, der ihr Schicksal nicht gleichgültig ist, die sich mit dem Verfall von Bildungs- und der Schließung von Kultureinrichtungen, dem Fehlen von Ausbildungs- und Arbeitsplät-

zen nicht länger abfindet. Nicht die Ausweitung der repressiven Funktion des Staates, sondern die Wiederherstellung seiner sozialen Funktion sowie die Ausweitung der Bürgerrechte sind geeignet, den Rechtsextremismus und die Gewaltkriminalität nachhaltig zurückzudrängen. Staat und Zivilgesellschaft müssen die Menschen wirksam gegen rechte Gewalt und Rassismus schützen. Daran werden wir auch künftig aktiv beteiligt sein. Es gehört zu unseren Erfahrungen aus der DDR: Emanzipatorischer Antifaschismus braucht mündige Bürgerinnen und Bürger. Die PDS kämpft für eine offene und tolerante Gesellschaft, die allen hier lebenden und arbeitenden Menschen gleiche materielle und soziale Bedingungen und gleiche demokratische Grundrechte einräumt.

Wir werden uns nicht an der Politik anderer Parteien beteiligen, mit der Aushöhlung des Asylrechts, der Verweigerung einer liberalen Einwanderungspolitik sowie einer law-and-order-Politik das Gedankengut des Rechtsextremismus hoffähig zu machen. Unsere Position bleibt gültig: Offene Grenzen für Menschen in Not. Für diese Position streiten wir auch gemeinsam mit Linken innerhalb der Europäischen Union. Das Schengener Abkommen und seine Integration in den Amsterdamer Vertrag fordern Widerstand heraus. Gegen Rassismus, Neonazismus und Gewalt ist das breiteste Bündnis erforderlich. Zu dieser Gemeinsamkeit sind wir bereit, aber nicht dazu, die politische Mitverantwortung der herrschenden Politik für den Rechtsextremismus zu verschweigen.

Sicherheit gegenüber Kriminalität ist ein legitimes Grundbedürfnis und hohes Gut. Der Schutz gegen kriminelle Gewalt ist ein Grundrecht, das der Staat für jede und jeden zu gewährleisten hat. Er ist jedoch keine Begründung für den repressiven Staat und die Einschränkung der Bürgerrechte. Schutz vor Kriminalität muss mit einer langfristigen Politik verbunden werden, die die sozialen und politischen Ursachen von Kriminalität beseitigt. Gut ausgebildete und human motivierte Polizeikräfte stellen einen besseren Schutz gegen Verbrechen dar als Videokameras und Abhöranlagen und andere Formen der Einschränkung von Bürgerrechten. Der notwendige Schutz aller in Deutschland lebenden Menschen kann und muss mit einer Stärkung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Transparenz und Freiheitsrechten einhergehen. Wir wollen, dass die ganze Gesellschaft für eine umfassende Bewegung gegen Gewalt insbesondere an Kindern und Frauen gewonnen wird.

3. Umwelt

Keines der Freiheitsgüter ist gefährdeter als die irdische Natur. Sie ist durch unumkehrbare Zerstörung bedroht. Die Menschen haben Waffensysteme mit der Fähigkeit zur Selbstvernichtung der Menschheit hervorgebracht. Nun aber untergraben auch die ganz „normalen“ profitbestimmten Produktions- und Lebensweisen die Naturgrundlagen unseres Lebens.

Täglich werden weltweit etwa 100 Millionen Tonnen Treibhausgase in die Atmosphäre geblasen und lassen eine Klimakatastrophe wahrscheinlich werden. Allein für 1998 wies der Weltkatastrophenbericht 60.000 Tote und 380 Millionen weitere durch Sturm- und Flutkatastrophen schwer Betroffene aus. Jeden Tag werden 55.000 Hektar Tropenwald abgeholzt, sterben rund 100 Tier- und Pflanzenarten aus, dehnen sich die Wüsten um 20.000 Hektar aus.

Wir sind dafür verantwortlich, die natürlichen Voraussetzungen menschlichen Lebens auf der Erde zu schützen und den Reichtum der Natur zu erhalten. Der ökologische Wandel von Produktions- und Lebensweise ist zwingend erforderlich. Die nachhaltige Bewahrung oder Wiederherstellung einer lebenswerten Umwelt heutiger und zukünftiger

tiger Generationen, der Menschen im Süden und Norden unseres Planeten gehört zu den zentralen Fragen sozialistischer Programmatik und Politik.

Auch in der Umweltpolitik beziehen wir einen sozialistischen Standpunkt: Einheit von sozialer, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit, Überwindung der Profitdominanz, gerechte Nutzung des Umweltraums, Wandel der Lebensweisen, umweltgerechte Verbindung von Globalisierung und Regionalisierung, das gemeinsame Wirken aller Akteure sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit bilden die Eckpunkte dieser Politik. Es geht um nicht weniger als um die politische Gestaltung der Revolution im Verhältnis des Menschen zur Natur.

Umweltpolitik ohne Lösung der sozialen Fragen muss scheitern. Da Umweltpolitik zu einer Politik menschlichen Überlebens geworden ist, ist die Lösung sozialer Fragen heute ebenfalls zu einer Existenzfrage der Menschheit geworden: kein Vorrang der Beschäftigungspolitik zu Lasten der Umwelt und kein ökologischer Wandel ohne Beschäftigungspolitik; kein ökologischer Umbau, der nicht mit sozialer Sicherheit für die Betroffenen verbunden ist. Die Grundgüter eines Lebens in Freiheit und Selbstbestimmung sind dauerhaft nur miteinander zu haben oder gar nicht.

Umweltpolitik ist mit wirtschaftlichem Gewinn, aber nicht mit der Dominanz des Profits als Maßstab aller gesellschaftlichen Entwicklung vereinbar. Ökonomische Effizienz setzt notwendige Ressourcen sozial-ökologischen Wandels frei, doch müssen diese auch nach sozialen und ökologischen Maßstäben verwendet werden. Wir wollen jene Eigentums- und Machtstrukturen, die einem sozial-ökologischem Wandel entgegenstehen, schrittweise verändern und schließlich überwinden. Es sind vor allem die Träger der fossilen Energiewirtschaft, die Atom- und Rüstungslobby, die Konzerne der Automobilindustrie, der Gentechnik und Agrarindustrie, der Pharma- und Chemiebranche, die Profiteure des Nord-Süd-Gegensatzes und die Gewinner der internationalen Börsen- und Devisen-Spekulationen, die den Übergang zu ökologischer Nachhaltigkeit blockieren. Diese Blockade muss durchbrochen werden – auch durch die Förderung ökologischen Unternehmertums.

Umweltpolitik muss zu internationaler Gerechtigkeit beitragen. Daran hat sich auch der notwendige Strukturwandel der Bundesrepublik Deutschland zu orientieren. Allen Bewohnerinnen und Bewohnern der Erde gebühren die gleichen Anrechte, Naturressourcen der Erde zu nutzen und natürliche Kreisläufe zu belasten. Wir müssen durch eine deutliche Verminderung von Naturbelastung und Ressourcenverbrauch in den reichen Ländern die Entwicklung der ärmeren Länder ermöglichen. Von den reichen Ländern geht der Hauptteil der Umweltzerstörungen aus. Sie müssen lernen, dass Globalisierung globales Teilen verlangt.

Umweltpolitik erfordert einen Wandel der Lebensweisen. Auch in den reichen Ländern brauchen Millionen Menschen ein höheres Einkommen, um das Lebensnotwendige erwerben zu können. Zugleich werden für viele der Reichtum zwischenmenschlicher Beziehungen, weite Bildungshorizonte, selbstbestimmte Lebensräume, Kultur und Sicherheiten des Lebens wichtiger als die immer weitere Ausdehnung von materiellem Konsum. Alternative Lebensweisen müssen unterstützt werden. Von ihnen können starke Impulse für den sozial-ökologischen Wandel ausgehen. Die Kämpfe der Zukunft werden in starkem Maße Kämpfe um eine neue Lebensweise sein.

Umweltpolitik schließt die Ökologisierung der internationalen Arbeitsteilung ein. Globaler Informationsaustausch, regionale Stoff- und Energiekreisläufe und lokale humane Dienstleistungen müssen sich ergänzen. Der Gütertransport insbesondere auf der Straße muss deutlich reduziert werden. Der Vermeidung von Abfällen geben wir den Vorrang vor der Verwertung und Entsorgung. Wir treten für dezentrale und umweltverträgliche Abfallbehandlungsverfahren anstelle von Müllverbrennung ein. Re-

gionalisierung ist zugleich eine Chance, die demokratische Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger in ihren unmittelbaren Lebensräumen zu stärken.

Umweltpolitik im 21. Jahrhundert ist Teil der notwendigen globalen Revolution des Verhältnisses zur Natur. In den nächsten Jahrzehnten ist die Aufgabe zu lösen, eine Effizienzrevolution zu vollziehen, Produktion, Konsumtion und Lebensweise ökologisch nachhaltig umzugestalten und das Verhältnis zwischen Wissenschaft, technologischer Entwicklung und Politik grundsätzlich zu verändern.

Die ökologisch erforderliche Effizienzrevolution ist wirtschaftlich und technisch möglich. Wir werden jeden Schritt unterstützen, sie politisch durchzusetzen. Wir drängen darauf, den Kohlendioxid-Ausstoß in der Bundesrepublik bis 2010 im Vergleich zu 1990 um 35 Prozent zu senken und die Voraussetzungen für weitere schnelle Rückgänge zu schaffen. Eine Schlüsselrolle wird dafür die Einleitung einer solaren Energiewende in der ersten Dekade des neuen Jahrhunderts spielen müssen. Durch Energieeinsparung, größere Energieeffizienz und Förderung erneuerbarer Energien soll ein Weg gefunden werden, der aus der Sackgasse der atomaren und fossilen Energiewirtschaft herausführt.

Die ökologische Effizienzrevolution erfordert, Marktregulierung mit staatlicher Ordnungspolitik und langfristig berechenbarer Verteuerung des Verbrauchs knapper Ressourcen zu verbinden. Eine solche Politik wird nur dann Akzeptanz finden, wenn sie sozial abgesichert und gerecht ist. Weder weltweit noch in unserem eigenen Land darf der Luxuskonsum und die Ressourcenverschwendung der einen durch die Armut und den Ausschluss von Ressourcenverwendung der anderen bezahlt werden.

Eine zukunftsfähige Land- und Forstwirtschaft muss eine gesunde Ernährung sichern und von Respekt vor allen Lebewesen bestimmt sein. Sie stellt nachwachsende Rohstoffe und Energieträger bereit, hat Natur erhaltende, Umwelt schützende und Landschaft gestaltende Aufgaben und trägt Verantwortung für den Artenschutz. Dazu gehört ein umfassender und wirksamer Tierschutz. Sie soll stärker in regionale Wirtschafts- und Stoffkreisläufe eingeschlossen werden. Dringlich ist, den ökologischen Land- und Waldbau wesentlich auszuweiten. Die einseitig auf Gewinnmaximierung ausgerichtete Landwirtschaftspolitik muss durch eine Verbraucherinnen und Verbraucher und Natur schützende Entwicklungspolitik für den ländlichen Raum, durch den Übergang zu einer zugleich sozial, ökologisch und ökonomisch orientierten Förderpolitik abgelöst werden. Wir unterstützen die Forderung, Deutschland- und europaweit ein kohärentes Schutzgebietssystem zur Erhaltung der Öko- und Biodiversität zu entwickeln.

Ökologischer Umbau der Gesellschaft ist zugleich Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse und ihrer wissenschaftlichen und technologischen Grundlagen. Der Übergang zu einer wissensbasierten Gesellschaft und hochtechnologischer Wandel bieten große Chancen für den sozial-ökologischen Umbau. Dieser muss zum wichtigste Feld neuer Technologien werden. Dadurch verändert sich die Rolle technischer und sozialer Innovationen. Das bedingt Förderung von Innovationen nach dem Maßstab der Einordnung effizienter Wertschöpfung in soziale, ökologische und gesundheitliche Ziele sowie Technologietransfers zur Verringerung des Nord-Süd-Gefälles.

Umweltpolitik muss gemeinsam durch alle getragen werden, die sich für soziale und ökologische Nachhaltigkeit einsetzen. Sie verpflichtet zum gemeinsamen Wirken mit Umwelt- und Tierschutzverbänden und allen anderen Akteuren eines ökologischen Umbaus der Bundesrepublik. Ohne Gewerkschaften und ohne feministische Emanzipationsbewegungen wird dieser Umbau nicht möglich sein. Für Umweltorganisationen, Verbraucherverbände, Gewerkschaften und andere zivilgesellschaftliche Kräfte wollen wir demokratische Planungs-, Kontroll- und Einspruchsrechte beim sozial-ökologischen Umbau.

4. Arbeit

Der rechtlich gesicherte Zugang für jede und jeden zu existenzsichernder und ökologisch verantwortbarer Erwerbsarbeit ist ein Freiheitsgut ersten Ranges und Grundelement einer gerechten Gesellschaft. Eine solche Erwerbsarbeit ist die wichtigste ökonomische Grundlage eines selbstbestimmten Lebens. Sie ist die entscheidende Form sozialer Integration und eine Voraussetzung dafür, dass Flexibilisierung auch im Interesse der Beschäftigten selbst erfolgen kann.

Die Wegwerfgesellschaft wirft auch Menschen weg. Nahezu 20 Prozent der Erwerbsfähigen in der Deutschland, in Ostdeutschland fast ein Drittel, sind von offener oder verdeckter Arbeitslosigkeit betroffen. Weltweit sind es fast eine Milliarde Menschen. Unter dem Druck der Arbeitslosigkeit ist der Anteil mindergeschützter und diskriminierender Arbeitsverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland auf rund ein Viertel aller Arbeitsverhältnisse gestiegen und nimmt weiter zu. Mit ihnen sind Leistungsstress, Existenzängste, persönliche Abhängigkeitsverhältnisse, geringe Einkommen, ungenügende Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und im Alter und beschränkte berufliche Entwicklungsmöglichkeiten verbunden.

Arbeit muss kein knappes Gut sein. Sie kann dann für jede und jeden gesichert werden, wenn drei beschäftigungspolitische Ansätze zusammengeführt werden: Zugang zu existenzsichernder Erwerbsarbeit für alle; unter dieser Voraussetzung Bedeutungszuwachs und gesellschaftliche Anerkennung von Nichterwerbsarbeit bei deren angemessener sozialer Absicherung; gleiche Teilhabe von Männern und Frauen an Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit.

Erwerbsarbeit muss Schritt für Schritt aus einem ökonomischen Zwangsverhältnis in eine Bedingung realer Freiheit verwandelt werden. Wir setzen uns ein für eine demokratische Arbeitskultur, die erweiterte Mitbestimmung und gleichberechtigte Kooperation zwischen Individuen und Gruppen, zwischen Generationen und Völkern, zwischen Frauen und Männern. Der Profit darf nicht das dominante Maß für Zuteilung, Organisation und Bewertung der Arbeit bleiben.

Es gibt keinen gesellschaftlichen, sondern nur einen kapitalistisch bedingten Mangel an Erwerbsarbeit. Der Gesellschaft geht die Arbeit nicht aus. Zurück geht nur der Teil der dauerhaften und gut bezahlten Arbeitsplätze, der an Kapitalrentabilität gebunden ist. Der betriebswirtschaftliche Produktivitätsgewinn zieht massenhafte Arbeitslosigkeit nach sich. Die gegenwärtig vorherrschende Antwort darauf heißt: Ausweitung des Niedriglohnssektors, der geringfügigen, sozial und arbeitsrechtlich prekären Beschäftigung, der Scheinselbständigkeit und der Welt der „Job-Nomaden“, die ständig zwischen diesen Formen wechseln müssen.

Ein neuer sozial-ökologischer Entwicklungspfad schafft viele neue Arbeitsfelder. Er braucht jede und jeden und kann existenzsichernde Arbeit für alle hervorbringen. Die Grundlage dafür wird durch die Umgestaltung der Binnenmärkte gelegt. Dazu gehört die sozial gerechte und ökologisch verantwortliche Regulierung der Weltmärkte. Zwar ist die Beschäftigung der wachsenden Informationsarbeiterschaft und anderer qualifizierter Gruppen stark von der internationalen Wettbewerbsfähigkeit in den hochtechnologischen Branchen abhängig. Die Integration dieser modernen wissenschaftlich-technischen Umwälzungen in den sozial-ökologischen Umbau kann jedoch nur dann gelingen, wenn diese Umwälzungen mit Ausprägung regionaler Kreisläufe und intensiver Entwicklung von Umwelttechnologien verbunden und in den notwendigen Strukturwandel eingebracht werden.

Die beiden wichtigsten neuen Felder der Erwerbsarbeit sind der ökologische Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft und der Ausbau qualifizierter humanorientierter Dienstleistungen. Drei Grundgüter des Lebens erfahren so eine Verknüpfung: der

Zugang zu existenzsichernder Arbeit, der Erhalt ökologischer Lebensbedingungen und soziale Sicherheit durch qualifizierte Leistungsangebote im Gesundheits- und Bildungswesen, in Erziehung, Pflege und Kultur. Demokratie und Gewaltfreiheit erhalten eine stabilere Grundlage. In diesen Bereichen werden wichtige Grundlagen einer wissens- und kommunikationsbasierten Produktionsweise geschaffen.

Gesellschaftspolitik, die von der tradiert männlichen bezahlten Erwerbsarbeit und weiblichen Hausarbeit ausgeht, ist antiquiert. Nicht nur Erwerbsarbeit ist Arbeit. Der größte Teil der geleisteten Arbeit wird nicht bezahlt und sollte auch nicht in bezahlte Arbeit verwandelt werden. Die Erziehung der Kinder, die Gestaltung von Lebensumwelt, Wohnung, Haus und Garten, die Vorbereitung von Essen und Trinken, Engagement für soziale, kulturelle, politische und ökologische Belange und kommunale Angelegenheiten tragen maßgeblich sowohl zu gesellschaftlichem Wohlergehen als auch zu individueller Selbstverwirklichung bei. Es sind keine zu verwirtschaftenden Zwänge, von denen man sich durch Bedienstete weit gehend befreien muss. Die Reduzierung der Erwerbsarbeitszeit wird erlauben, selbstbestimmte Eigenarbeit dafür aufzuwenden, sinnvoll kombiniert mit bezahlten Dienstleistungen. Die kommunale und soziale Infrastruktur muss entsprechend ausgestaltet werden.

Was vorher durch die Trennung von zumeist männlicher Erwerbsarbeit und zumeist weiblicher Hausarbeit versteckt wurde, ist jetzt offenkundig geworden: Alle Formen von Arbeit bedürfen gesellschaftlicher Anerkennung. Sie sollen freiwillig gewählt und dürfen nicht aufgezwungen werden. Sie müssen Ansprüche in den sozialen Sicherungssystemen begründen. Dazu gehört eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung.

Eine erhebliche Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, die soziale Absicherung von Selbständigkeit und Wechsel zwischen Phasen von Erwerbsarbeit und freiwilliger Eigenarbeit sowie gesellschaftlichem Engagement sind Grundbedingungen dafür, dass die Arbeit gerechter und beschäftigungswirksamer verteilt wird und dass Männer und Frauen gleichgestellt teilnehmen können. Dies schafft zugleich neue Möglichkeiten für die reale Teilhabe von Frauen an der Erneuerung von Demokratie. Die wirkliche Gleichstellung verlangt, dass es nicht zu Sektoren mit deutlicher Unterbezahlung kommt, bei denen Frauen oder auch Männer finanziell an Partner gefesselt oder auf die Sozialhilfe des Staates verwiesen werden.

Eine kooperativere Arbeitswelt, eine neue Beschäftigungspolitik und die stärker selbstbestimmte Verbindung von Erwerbsarbeit mit Phasen freiwilliger Eigenarbeit für alle ermöglicht es, den Missbrauch des durch die patriarchale Sozialisierung entwickelten spezifisch weiblichen Arbeitsvermögens (zwischenmenschliche Solidarität und Fürsorgebereitschaft, soziale Sensibilität, Kompromissorientierung) in zumeist schlecht bezahlten Dienstleistungsbereichen zu überwinden und solche Verhaltensorientierungen allgemeiner auszuräumen.

Das Versagen der kapitalistischen Märkte bei der Überwindung der Arbeitslosigkeit verweist auf die Bedeutung öffentlich geförderter Beschäftigung in gemeinnützigen Bereichen. Sie sollte zu einem dritten großen Wirtschaftssektor neben Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst entwickelt werden. Dieser Sektor kann zu tariflich gesicherten Bedingungen soziale, kulturelle und ökologische Dienstleistungen, den Aufbau regionaler Infrastruktur für Selbsthilfe und innovative, privat nicht finanzierbare Produktionen übernehmen – in einem sinnvollen Wechselverhältnis mit kleinen und mittleren Unternehmen.

Wir sehen in einer umweltverträglich strukturierten, sozial gerechter verteilten Kaufkraft auf den Binnenmärkten eine Chance für mehr Beschäftigung und unterstützen daher die Forderung nach Einkommenszuwachsen besonders bei den unteren Einkommenschichten, nach Sicherung hoher sozialer Standards und Zurückdrängung

prekärer Beschäftigung. Es geht bei ökologischer Nachhaltigkeit nicht um Verzicht seitens der Mehrheit der Bevölkerung, sondern um eine andere Nutzung des materiellen Reichtums, der Mobilität, des Raumes und der Güterwelt. Die Gegenstände des Konsums sind dann Gegenstand des Genusses und der Befriedigung, wenn sie die Vielfalt genussvollen Verhaltens und den Reichtum menschlicher Beziehungen vermitteln. Dazu bedarf es freier Zeit und selbstbestimmter Eigenarbeit sowie solidarischen Engagements.

Das heutige Sozialversicherungssystem ist für die Mehrheit der Bevölkerung an den „Faktor Erwerbsarbeit“ gebunden. Es ist Teil der Kapitallogik, diesen Faktor zu minimieren. Wir werden uns deshalb weiter dafür einsetzen, die Zahlung der Unternehmerbeiträge zu den sozialen Sicherungssystemen auf der Basis der jeweiligen Wertschöpfung und damit auch flexibel nach der schwankenden wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit statt nach der Lohnsumme zu erheben. Das würde arbeitsintensive Unternehmen mit hoher Beschäftigung begünstigen und jene Unternehmen, die ihre Gewinne maximieren, indem sie durch kapitalintensive Rationalisierung Beschäftigung abbauen, in gerechterer Weise an der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme beteiligen.

In Ostdeutschland steht ein wirtschafts-, umwelt- und beschäftigungspolitischer Neubeginn auf der Tagesordnung. Wir verkennen weder die politischen Gewinne der Ostdeutschen durch die Vereinigung, die Fortschritte an persönlicher Freiheit, die Wohlfahrtsgewinne von Teilen der Bevölkerung und die Modernisierung von Infrastruktur, Städten und Gemeinden, noch den großen Beitrag, den Menschen in der ganzen Bundesrepublik Deutschland dafür geleistet haben. Aber wir stellen fest, dass das Fehlen einer sich selbst tragenden Wirtschaft in Ostdeutschland und die materielle, kulturelle und mentale Benachteiligung Ostdeutscher dramatische und letztlich zerstörerische gesellschaftliche Konsequenzen hat. Sie drohen, unumkehrbaren Charakter anzunehmen. Sie sind ein wesentlicher Ausgangspunkt für den Rechtsextremismus in Teilen der ostdeutschen Gesellschaft. Wir vermissen bei anderen Parteien den politischen Entscheidungs- und Gestaltungswillen, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verwerfungen in Ostdeutschland zu überwinden.

Die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Krise Ostdeutschlands kann nur dann überwunden werden, wenn Struktur- und Regionalisierungspolitik und die Verbesserung der Kommunalfinanzen dazu beitragen, regionale Beschäftigungspotenziale ökologisch vorteilhaft auszuschöpfen und demokratischen Einfluss von unten zu begünstigen. Innovationsprogramme sollten die Bündelung von Fördermitteln erleichtern und Anstoß für den notwendigen Wandel der Regulationsweise in der Bundesrepublik sein. Anhaltende Investitionsförderung und eine höhere Investitionsquote sollten auf zukunftssträchtige Produktion und Dienstleistungen mit hohen Umweltausparcungen konzentriert werden, auf die Herausbildung weiterer technologischer Kompetenzzentren, auf deren Einbindung in die Entwicklung regionaler Kreisläufe, auf die Ansiedlung und Unterstützung von Unternehmen mit hohen regionalen Verflechtungseffekten und auf die Integration mittel- und osteuropäischer Länder. Gleichwertige Bezahlung und Anerkennung von Leistungen in Ost und West sind wichtige Voraussetzungen für die Überwindung krisenhafter Erscheinungen und Verwerfungen in Ostdeutschland.

5. Bildung, Wissen und Kultur

Die Möglichkeit der freien Aneignung von Bildung und Kultur ist zur Voraussetzung geworden, sich in der heutigen Welt bewusst zu orientieren, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und die Zukunft der Gesellschaft mitgestalten zu können. Kultur ist

eine der wenigen erneuerbaren Ressourcen der Menschheit. Im gleichen Maße, wie die modernen Produktionsprozesse immer stärker von der Leistung allgemeiner Arbeit, von Informationsarbeit, von sozialer und gestalterischer Kreativität abhängig werden, im gleichen Maße wird der sozial gleiche Zugang zu Wissen und zur Teilhabe am kulturellen Austausch wichtiger für die reale Freiheit der Einzelnen.

Die Gestaltung der Bedingungen zur Aneignung von Bildung und Kultur entscheidet wesentlich über die soziale Struktur der Verteilung von Lebenschancen. Sie ist eine zentrale Macht- und Eigentumsfrage. Die Gesellschaft spaltet sich gegenwärtig national und global zunehmend in jene, die über die Kompetenzen zur Beherrschung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien verfügen, und jene, die davon ausgeschlossen sind. Diese Spaltung ist ökonomisch und soziokulturell bedingt und wird an die nachwachsenden Generationen vererbt. Wir wollen die zu Grunde liegenden Eigentums- und Machtverhältnisse grundlegend verändern und diese Spaltung überwinden.

Die neue Revolution der Produktivkräfte rückt kulturelle Qualifikationen, soziale Kompetenzen und Ideenfindungen an die erste Stelle. Viele Menschen erfahren mit Bitterkeit, dass sie auf die Veränderung nicht vorbereitet wurden und von sozialem Abstieg und Ausschluss bedroht sind. Die Arbeitsgesellschaft wird nicht durch die Freizeitgesellschaft abgelöst. Aber der Anteil von freier Zeit wird über die verschiedenen Lebensphasen fast gleichwertig zur Arbeitszeit. Es fehlen jedoch die sozialen Strukturen und die individuellen Fähigkeiten, um dies in wirklichen Freiheitsgewinn und nicht allein in puren Konsum und Produkte der neuen Freizeitindustrien umzusetzen.

Die öffentlichen Institutionen von Bildung, Kultur und Kunst, die Schulen und Fachschulen, Universitäten und Hochschulen, die Einrichtungen für Qualifizierung, die Museen und Bibliotheken sind weit hinter diesen revolutionären Umwälzungen zurückgeblieben. Die oberen Mittelschichten wählen deshalb den Weg der Privatisierung, um für sich und ihre Kinder eigene moderne Einrichtungen zu schaffen. Die öffentlichen Stätten von Bildung werden zu Orten kultureller Notversorgung für jene, die nicht zahlungsfähig sind. Um diesem Schicksal zu entgehen, wählen Schulen und vor allem Universitäten und Hochschulen selbst den Weg der Privatisierung und orientieren sich immer mehr ausschließlich daran, Menschen und Ideen für den Markt zu produzieren. Die alten und neuen Medien werden an der Profitmaximierung ausgerichtet, Freizeit wird vorwiegend für private Konsumtion genutzt. Der öffentliche Raum verkommt oder wird privatisiert, er wird selbst zum Teil der Unterhaltungs- und Werbeindustrie.

Sozialistische Politik heute ist vor allem auch ein Kampf darum, das emanzipatorische Potenzial der modernen Kommunikationsmedien, der neuen Formen von Kultur und Bildung, der veränderten Formen von Arbeit und Freizeit allen zugänglich zu machen und in Wirklichkeiten selbstbestimmter und solidarischer Lebensweisen zu verwandeln. Die PDS sucht dazu einen Weg jenseits der früheren Verstaatlichung öffentlicher Bildungs- und Kulturangebote und der neuen neoliberalen Privatisierungsoffensive. Ein neuer dritter Sektor selbstverwalteter Organisationen von Wissenschaft und Kultur, Bildung und Freizeit ist zu fördern. Öffentlichkeit, Transparenz, demokratische Partizipation, Verpflichtung zur Wahrnehmung sozialer und ökologischer Aufgaben sind gegenüber allen Institutionen kultureller Produktion und Kommunikation ungeachtet ihrer Eigentumsformen zur Geltung zu bringen. Alle leben von dieser Kultur und alle sind für sie verantwortlich.

Der Staat kann und soll nicht alle Aufgaben im Bereich von Bildung und Kultur allein lösen. Es bedarf des Engagements in öffentlichen, frei-gemeinnützigen und privaten Sektoren. Die Kulturwirtschaft wird zu einem wesentlichen Faktor regionaler Entwick-

lung. Kommunale und staatliche Bildungs- und Kulturpolitik hat die Aufgabe, Rahmenbedingungen für eine sozial gerechte und emanzipative Entwicklung zu schaffen. Ausreichende öffentliche Förderung und langfristige Sicherung der kulturellen Grundlagen der Gesellschaft und alternativer innovativer Experimente sind notwendig. Gerade hier ist Profit der denkbar ungeeignetste Maßstab. Die Pluralität von Lebensstilen und Kulturen der verschiedenen sozialen, ethnischen und regionalen Gruppen in der Gesellschaft muss gewahrt werden. Ihnen sind Ausdrucks- und Entwicklungsmöglichkeiten zu geben. Teilhabe an Kultur darf nicht zum Privileg weniger, sondern muss zur Lebenswirklichkeit aller werden.

Die PDS strebt optimale Bedingungen für die Entfaltung individueller Verschiedenheit auf der Basis sozial gleicher Bildungschancen an. Das schließt die individuelle Förderung spezifischer Begabungen und Fähigkeiten ebenso ein wie den Ausgleich sozialer und kultureller Bildungsbenachteiligungen, schließt hingegen Diskriminierungen aufgrund geschlechtlicher, ethnisch-kultureller oder religiöser Verschiedenheit aus. Der Skandal andauernder und sogar zunehmender Chancenungleichheit beim Zugang zu Bildung, Wissen und Kultur muss rasch und nachhaltig überwunden werden – von den Kindertagesstätten bis zu den Universitäten und Weiterbildungseinrichtungen. Besonders betroffen sind Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen und bildungsfernen Bevölkerungsschichten wie zum Teil auch von Zugewanderten aus anderen Ländern. Frauen, Ostdeutsche, Migrantinnen und Migranten, Behinderte werden beim Zugang zur Berufsausbildung bzw. beim Eintritt in den Arbeitsmarkt strukturell benachteiligt. Die PDS setzt sich demgegenüber für die Sicherung eines freien Zugangs zu Schul-, Hochschul- und Erwachsenenbildung sowie für eine elternunabhängige, sozial verträgliche finanzielle Absicherung des Regelstudiums ein. Eine Privatisierung oder Kommerzialisierung öffentlicher Bildungseinrichtungen lehnen wir grundsätzlich ab.

Eltern haben Angst angesichts der nachlassenden Fähigkeit der Schulen, Bildung zu vermitteln. Extremer Arbeitsstress, Auflösung der traditionellen Familienstrukturen und vor allem das Fehlen eines entsprechenden sozialen Umfelds erschweren die Erziehung der eigenen Kinder. Viele Schülerinnen und Schüler erleben die Schulen als Fremdkörper in einer Gesellschaft, in der sie neue Möglichkeiten der Unterhaltung und Kommunikation vorfinden und selbstbestimmt zu nutzen versuchen. Lehrerinnen und Lehrer sehen sich oft außerstande, Kinder und Jugendliche zu erreichen. Sie wurden häufig auch nicht ausreichend auf die Umbrüche vorbereitet. Das heutige öffentliche Schulsystem ist in einer tiefen Krise. Sinkende Finanzierung, unzureichende materielle Ausstattung, große Klassen, überforderte Lehrerinnen und Lehrer und die Flucht der Kinder aus besser verdienenden Schichten zur Privatschule sind nur die Symptome dieser Krise.

Die PDS tritt für die Stärkung und den Ausbau des öffentlichen steuerfinanzierten Bildungssystems ein. Damit wendet sie sich gegen alle Versuche, Bildungskosten schrittweise zu privatisieren, Bildungseinrichtungen nach dem Muster gewerblicher Unternehmen umzubauen und Bildungsprozesse über betriebswirtschaftliche Effizienzkriterien zu steuern. Die Gesellschaft als Ganze steht in der Verantwortung für die Schaffung gleicher Zugangsbedingungen zu Wissen und in der Verpflichtung, die Wissensgesellschaft sozial und ökologisch zu gestalten.

Die PDS hält eine tiefgreifende Bildungsreform zur Erneuerung und Demokratisierung des gesamten Bildungswesens für notwendig. Schulen befinden sich heute in Konkurrenz zu vielen anderen Lebensfeldern der Kinder und Jugendlichen. Sie müssen zu attraktiven Orten des Lebens junger Menschen werden, um sich behaupten zu können. Sie sind als jene Orte moderner öffentlicher Kultur, Bildung und Freizeit auszubauen, in denen junge Menschen sich entfalten können. Als zentrales Anliegen

der Bildung betrachten wir die Förderung der Individualität kritisch denkender, verantwortungsbewusst und solidarisch handelnder Menschen, ihrer sachlichen und sozialen Handlungs- und Gestaltungskompetenzen und ihrer Befähigung zu umfassender Teilhabe an demokratischen Leitungsprozessen der Gesellschaft.

Unserer Vorstellung vom notwendigen Abbau sozialer Ungleichheit und hierarchischer Strukturen entspräche die bundesweite Etablierung eines integrierten Bildungssystems. Seine Aufgabe soll die gemeinsame Bildung und Erziehung von Mädchen und Jungen bzw. Frauen und Männern bei gleichzeitiger Berücksichtigung von Bedürfnissen nach besonderer geschlechterspezifischer Förderung sein. Es muss der gemeinsamen Bildung und Erziehung von Menschen mit unterschiedlichen kulturellen und Lernvoraussetzungen bei gleichzeitiger Berücksichtigung des besonderen Förderbedarfs von Bildungsbenachteiligten oder besonders Begabten und der gemeinsamen Bildung und Erziehung von Menschen mit und ohne Behinderung bei gleichzeitiger Berücksichtigung von Bedürfnissen nach besonderer Förderung von Menschen mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen verpflichtet sein. Sein Anliegen ist die gemeinsame Bildung und Erziehung von Einheimischen und Zugewanderten. Es bezieht internationale Bildungselemente ein, die auf Integration zielen. Schule, Hochschule, berufliche Bildung und Weiterbildung müssen stärker verknüpft werden.

Viele Menschen haben die Erfahrung, dass ihre Qualifikation nicht mehr gebraucht wird. Aber immer noch sind in Deutschland die Voraussetzungen für lebenslanges Lernen nicht geschaffen worden. Der Bildungsrückstand wird zur Armutsfalle und führt in die soziale Isolation. Recht auf Bildung heißt auch: Recht auf lebenslange Teilhabe an der Entwicklung von Bildung, Wissenschaft und Kultur als Bestandteil individueller und gesellschaftlicher Emanzipation. Voraussetzungen für lebenslanges Lernens müssen für alle geschaffen und Fähigkeiten zu eigenständiger Aneignung wechselnder, neuer Bildungsinhalte entwickelt werden.

Die heutige Ausrichtung von Wissenschaft, Forschung und Hochschulbildung entscheidet maßgeblich darüber, welche neuen Möglichkeiten technischer und sozialer Gestaltung entstehen, welche Voraussetzungen für die Abwehr von individuellen und gesellschaftlichen Gefahren geschaffen werden. Vor der Gaskammer gab es chemische Labors für die Entwicklung tödlicher Gase; vor dem Bau der Atombombe wurden ihre Grundlagen wissenschaftlich erst gelegt; dem Klonen von Menschen geht das Klonen von Schafen voraus. Das therapeutische Experimentieren mit Embryos kann zur Züchtung von Menschen führen.

Wissenschaftlichen und ethischen Vorlauf für nachhaltige ökonomische Entwicklung und eine politische Erneuerung der Demokratie zu schaffen, wissenschaftlich begründete Verantwortung für die Bewältigung der Brüche und Herausforderungen unserer Zeit wahrzunehmen, Hochschulabsolventinnen und -absolventen dazu zu befähigen, alternative Konzepte zu entwickeln, anstatt Lehre und Forschung dem Diktat der Marktideologie zu unterwerfen – das macht eine entscheidende Differenz demokratisch-sozialistischer Hochschulpolitik zum neoliberalen Bildungskonzept aus. Eine demokratische Wissenschaftspolitik muss dazu beitragen, wissenschaftliche Arbeit auf zukunftsentscheidende Fragen einer nachhaltigen Entwicklung zu konzentrieren, die sozialen und ökologischen Folgen wissenschaftlicher Entwicklung zu bewerten und einen breiten öffentlichen Diskurs über die Maßstäbe und Regeln von Innovationen zu befördern.

Die Gestaltung des Verhältnisses von Information und Demokratie ist für uns eine der zentralen Fragen im Umgang mit den Chancen und Gefahren der „Informationsgesellschaft“. Der Zugang aller zu elektronischer Information und Kommunikation ist zu sichern, um neuen Spaltungen in der Gesellschaft entgegenzuwirken. Gleichzeitig

müssen die Möglichkeiten politischer Mitbestimmung und Partizipation in den traditionellen und neuen Medien entschieden ausgeweitet, muss das Recht auf Selbstbestimmung über Daten, die die eigene Person betreffen, durchgesetzt werden.

Wir finden uns nicht damit ab, dass Deutschland – reicher denn je – unfähig und vor allem nicht bereit ist, allen hier lebenden Menschen den Zugang zu Information, Medien und Kultur zu ermöglichen und Einrichtungen der Kultur und Kunst, darunter solche, die seit vielen Jahrzehnten oder sogar seit Jahrhunderten bestanden, zu erhalten. Wir wenden uns nicht nur gegen die Verletzungen des Einigungsvertrages, in dem die Verpflichtung enthalten ist, die Kultursubstanz der DDR zu bewahren, sondern ebenso gegen die Gefährdung des Systems traditioneller bürgerlicher und neuer soziokultureller Einrichtungen, die von den Städten und Ländern wegen der ungerechten Lastenverteilung nicht länger getragen werden können. Der Widerspruch zwischen wachsendem Reichtum in Teilen der Gesellschaft und Verarmung der öffentlichen Hand, von Bund, Ländern und Kommunen, muss überwunden werden.

Es muss beides möglich sein: Bewahrung und Entwicklung der traditionellen Kulturinstitutionen und Förderung neuer Formen künstlerischen Ausdrucks. Wir wollen, dass den Menschen heute und morgen der ganze Reichtum der Kunst der Vergangenheit und Gegenwart zur Verfügung stehen kann. Durch sie wird die Freiheit der einzelnen und ihre soziale Gebundenheit in aller Widersprüchlichkeit gedacht und erlebt. Die Künste sind unser gemeinsames Gedächtnis und experimentelles Labor menschlicher Zukünfte.

6. Soziale Sicherheit

Soziale Sicherheit ist ein zentrales Gut menschenwürdigen Lebens. Soziale Sicherheit befreit von Existenzängsten. Sie steht nicht im Gegensatz zu Freiheit, sondern trägt im Gegenteil entscheidend dazu bei, den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft gegen seine Erosion durch die neoliberale Ausrichtung der Globalisierung zu verteidigen. Gepaart mit anderen Freiheitsgütern bietet sie Freiräume für Kreativität, Selbstbestimmung und Kooperation.

Eine Politik, die die Angst um den „Standort Deutschland“ oder die „Festung Europa“ in Zustimmung als Instrument der Leistungserpressung und der Rücknahme sozialer Sicherung verwandeln will, lehnen wir ab. Ständige Ängste vor sozialem Absturz führen in eine Abwärtsspirale von sozialem Druck, Ausgrenzung, Gewalt und gesellschaftlichem Zerfall.

Soziale Sicherheit umfasst das Recht auf existenzsichernde Erwerbsarbeit, sozial gleichen Zugang aller zu Bildung und Ausbildung, das gleiche Recht für alle auf präventive, heilende und nachsorgende medizinische Betreuung, das Menschenrecht auf bezahlbares menschenwürdiges Wohnen, auf Mobilität und auf solidarische Sicherungen gegen Lebensrisiken. Präventive und unterstützende Funktionen der Sozialpolitik sollen im Verhältnis zu nachsorgender Sozialpolitik und entgegen deren oft repressiven Wirkungen zur Geltung gebracht werden.

Wir wollen eine Erneuerung der Sozialpolitik, die ihren solidarischen Charakter verteidigt und ausprägt und sich mit den Wünschen vieler Menschen nach Verwirklichung ihrer individuellen Lebensentwürfe verbindet. Als ein Element der Weiterentwicklung und Ergänzung der Sozialversicherung sehen wir die Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung an. Sie soll zunächst für alle gelten, die ihre Existenz nicht durch eigene Erwerbsarbeit sichern können. Ihr Ausbau zu einem Bürgerrecht aller, zunächst für eine festzulegende Anzahl von Jahren im Verhältnis zu den Erwerbsarbeitsjahren, wäre ein Rückhalt für individuelle Freiheit und gegen den Zwang zur Annahme auch schlechtester Arbeitsbedingungen. Sie ist für uns nicht

vorrangig eine Antwort auf Armut in der Gesellschaft. Vor allem ist sie dem Reichtum und der Wettbewerbsstärke der Bundesrepublik Deutschland, einem libertären Lebensgefühl ihrer Bürger, der Pluralisierung von Lebensstilen und der Gewährung von Lebenschancen für jeden Menschen angemessen.

Die Ausweitung von Beitragspflicht und Leistungsansprüchen auf alle, die bisher davon ausgeschlossen sind (Selbständige, Politiker, Beamte, Freischaffende) und bei der Krankenversicherung auf alle Einkommensarten, die Bemessung der Unternehmensbeiträge nach der Wertschöpfung und die von uns geforderten Veränderungen der Beschäftigungs-, Steuer- und Haushaltspolitik können zusammen die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme gewährleisten. Das schließt ein, auch bei den öffentlichen Ausgaben der Gesellschaft einen angemessenen Anteil als solidarische Aufwendung für Alterssicherung und Gesundheit vorzusehen, mit dem die steigende Lebenserwartung der Bevölkerung und die Finanzierung der neuen Möglichkeiten medizinischer Behandlung und Betreuung berücksichtigt werden.

Gesundheitssicherung, Rehabilitation und Pflege sind Menschenrechte und gehören zu den elementaren Voraussetzungen von sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Unser Ziel bleibt eine Gesundheitsversorgung, die allen gleichermaßen zugänglich ist. Eine Zweiklassenmedizin muss verhindert werden. Wir wenden uns daher entschieden gegen die zunehmende Bedrohung des Gesundheitssystems durch Entsolidarisierung, Privatisierung und Individualisierung. Auch in der gesetzlichen Krankenversicherung gilt es daher, die Solidarität der Versicherten durch die Ausdehnung der Beitrags- und Versicherungspflicht zu stärken.

Wir sind überzeugt, dass ein modernes Gesundheitswesen für alle auch in Zukunft finanziert werden kann, wenn mehr Integration und Kooperation von Privatpraxen, Gemeinschaftseinrichtungen, Polikliniken und Krankenhäusern als Teil eines Gesundheitsversorgungsnetzes erfolgen, eine gerechte Bewertung medizinischer Leistungen gelingt, eine Positivliste für Medikamente eingeführt wird, die stärkere Anwendung von Maßnahmen zur Qualitätssicherung sowie eine Demokratisierung, Vereinheitlichung, Entbürokratisierung und Weiterentwicklung der Selbstverwaltungen der Krankenkassen vorangebracht werden. Wir wollen, dass Gesundheitsförderung und Krankheitsvorbeugung stärker entwickelt werden und deshalb der starke Einfluss der Pharmaindustrie und der Gerätehersteller auf das medizinische Leistungsgeschehen gemindert wird.

Aufgabe der gesetzlichen Rentenversicherung muss es bleiben, den Lebensstandard im Alter zu sichern. Innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung könnten flexible Anwartschaften und Rente mit Grundbetrag die Risiken unsteter Erwerbsverläufe ausgleichen. An die Stelle starrer Altersgrenzen für den Renteneintritt könnte ein Lebensarbeitszeitkonto treten. Wenn Erwerbsabhängige in Sorge um ihre Alterssicherung oder gesetzlich verpflichtet private Rentenversicherungen abschließen, tritt die PDS für deren Abkopplung von Risiken auf den Kapitalmärkten durch staatliche Regelungen ein. Generationengerechtigkeit in der Gestaltung der Alterssicherung betrachten wir als einen Grundbestandteil der Gerechtigkeit insgesamt.

Gerechte Einkommen und Zugänge zu persönlichem Eigentum und Vermögen sind Voraussetzungen für soziale Gerechtigkeit. Unterschiede sind notwendig und gerecht, sobald sie nachvollziehbar gesellschaftlich gerechtfertigten Kriterien entsprechen. Alternative Reformpolitik hängt nicht allein von der Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums ab. Doch ohne Umverteilung von oben nach unten wird es in der Bundesrepublik keine gerechte Gesellschaft und keine soziale Sicherheit, keine öffentlich geförderten Beschäftigungssektoren und keine dringlich erforderliche Erhöhung der Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Kultur geben. Tatsächlich haben sich aber die realen Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in

den zwei Jahrzehnten seit 1980 fast verdoppelt, während die realen Nettoarbeitseinkommen nur um etwa fünf Prozent stiegen. Millionen leben von Sozialhilfe, aber 20 Personen beziehungsweise Familien verfügen in Deutschland über ein Nettovermögen von rund 107 Milliarden Dollar.

Der fortschreitende Rückzug von Kapital, von Vermögen und Vermögenseinkünften aus der Finanzierung öffentlicher Aufgaben ist skandalös. Wir wollen ihn umkehren. Steuern müssen nach Leistungsfähigkeit erhoben und besonders die Spekulationsgewinne und Risiken auf den internationalen Finanzmärkten sollen begrenzt werden. Die Finanzierbarkeit alternativer Reformen ist jedoch nicht auf Umverteilung von Reichtum zu reduzieren. Die Haushaltsausgaben würden durch eine erfolgreiche Beschäftigungspolitik erheblich entlastet und die Einnahmen vergrößert werden. Riesige Mittel könnten durch ökologischen Umbau, durch Verringerung des Ressourceneinsatzes, Erhöhung der Ressourceneffizienz, Abrüstung und Entmilitarisierung sowie durch Entbürokratisierung gespart werden. Bereits 1990 erreichten in der Bundesrepublik die Kosten durch die Zerstörung der Ozonschicht, durch Wasser- und Luftverschmutzung, durch Lärmschäden, durch Verschlechterung der Bodenqualität und Übernutzung nichterneuerbarer Ressourcen sowie aus der Beseitigung von langfristigen Umweltschäden die Höhe von rund 379 Milliarden DM. Weitere Milliarden kommen als Verkehrsschäden und als Kosten der Wegwerfgesellschaft hinzu. Selbst ohne Erhöhung der Fördermittel könnten durch bloße Veränderungen in der Förderpraxis Spielräume für die Finanzierung von Reformansätzen vergrößert werden. Für Ostdeutschland müssen durch die Neufestlegungen zum Länderfinanzausgleich und zum Solidarpaket II für längere Zeit Entwicklungsinvestitionen gesichert werden.

IV. Veränderungen mit der PDS – Selbstveränderung der PDS

Entstand die PDS in den politischen Umbrüchen des Herbstes 1989 aus dem Protest von SED-Mitgliedern gegen das Politbüro und aus dem Willen, vollständig mit den Inhalten und Erscheinungen stalinistischer und nachstalinistischer Entstellungen der sozialistischen Idee zu brechen, so haben die Mitglieder der Partei des Demokratischen Sozialismus seitdem einen anhaltenden Wandlungsprozess der Partei vorangetrieben. Seine Ergebnisse haben maßgeblich dazu beigetragen, die PDS im parteipolitischen System der Bundesrepublik Deutschland und vor allem im politischen Leben von Millionen Menschen zu verankern. Ziel dieses Prozesses ist eine konsequent demokratische und emanzipatorische, bundesweit wirksame moderne sozialistische Partei. Sie wirkt als kapitalismuskritische Opposition und als gestaltende Reformkraft. Sie hat besondere Verantwortung im Osten Deutschlands wahrzunehmen. Trotz fortbestehender Schwierigkeiten sind wir dabei, diesen Anspruch einzulösen.

Als demokratische Sozialistinnen und Sozialisten bleiben wir den Traditionen der Arbeiterbewegung und insbesondere den kapitalismuskritischen und emanzipatorischen Ansprüchen der sozialdemokratischen und kommunistischen Bewegungen in Deutschland verpflichtet, wohl wissend, dass sie nur teilweise eingelöst und oft missachtet wurden. Insbesondere setzen wir uns mit der eigenen Verantwortung für das Scheitern des Sozialismusversuchs in der DDR, für seinen undemokratischen und nichtemanzipatorischen Charakter und seine schließliche ökonomische und ökologische Entwicklungsunfähigkeit auseinander.

Die Oktoberrevolution 1917 war einerseits der legitime Versuch einer Antwort auf das zivilisatorische Versagen des Kapitalismus im Ersten Weltkrieg. Sie erschütterte die Welt des Kapitalismus. Andererseits blieb ihre welthistorische Bilanz von Anfang an widersprüchlich und defizitär. Sie stellte die Fragen des Friedens und des Bodens und die Entmachtung und Enteignung der Mächte des Krieges und der Reaktion in ihren Mittelpunkt. Doch die gleichermaßen existenzielle Frage nach der individuellen Freiheit und der herangereiften Verwirklichung der uneingelösten Ansprüche der Großen Französischen Revolution wurde missachtet. Die Oktoberrevolution hat den Zusammenbruch des barbarischen Kolonialsystems befördert und dazu beigetragen, die heute akut gefährdeten sozialen und politischen Zugeständnisse an die arbeitenden Menschen in den kapitalistischen Zentren durchzusetzen. Ihre staatssozialistische Entartung hat aber Millionen sinnloser und unverzeihlicher Opfer gekostet und die Idee des Sozialismus nachhaltig beschädigt. Die Verletzung ökonomischer und ökologischer Notwendigkeiten hat ihr die Entwicklungsmöglichkeiten genommen. Wir werden die Erinnerung an den wesentlichen Anteil der Sowjetunion an der Niederschlagung des deutschen Faschismus verteidigen.

Wir beurteilen die Geschichte der DDR nicht allein aus der Perspektive ihres Scheiterns und geben der herrschenden Totalkritik nicht nach. Schon gar nicht darf der persönliche Einsatz vieler Menschen für ein anderes Deutschland missachtet werden. Wir wiederholen unsere 1993 ausgedrückte Überzeugung: Millionen Menschen setzten sich nach 1945 für den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung und für ein friedliebendes Deutschland in Überwindung des faschistischen Erbes ein. Das bedarf keiner Entschuldigung. Die antifaschistisch-demokratischen Veränderungen im Osten Deutschlands und später das Bestreben, eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten, standen in berechtigtem Gegensatz zur Rettung des Kapitalismus in Westdeutschland, der durch die in der Menschheitsgeschichte unvergleichlichen Verbrechen des deutschen Faschismus geschwächt und diskreditiert war. Zum Sozialismusversuch in der DDR gehören wertvolle Ergebnisse und Erfahrungen im Kampf um soziale Gerechtigkeit, um die Bestimmung der Ziele der Produktion im Interesse der Bevölkerung, um ein solidarisches und friedliches Gemeinwesen auf deutschem Boden.

Die DDR blieb jedoch immer vom sowjetischen Staatssozialismus geprägt. Die SED als herrschende Partei war nicht fähig und nicht bereit, Sozialismus mit Demokratie und Freiheit zu verknüpfen. Ihren Weg kennzeichneten daher schmerzliche Fehler, zivilisatorische Versäumnisse und auch unentschuld bare Verbrechen. Es bleibt für uns eine bittere Erkenntnis, dass nicht wenige um großer Ideale willen Strukturen der Unterdrückung mitgetragen und Verfolgung Andersdenkender zugelassen haben. Dafür stehen wir in einer moralischen Verantwortung. Es sind eben diese Erfahrungen und die Schlussfolgerungen daraus, weshalb die Wahrung der im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verbürgten Grundrechte für uns unverzichtbar geworden ist. Es gibt keinen noch so hehren Zweck, der die Verletzung grundlegender Menschenrechte und universeller demokratischer Standards rechtfertigt und der durch ihre Verletzung nicht zerstört würde.

Der Versuch, eine sozialistische Ordnung zu gestalten, war von Beginn an von der Feindschaft und der Konfrontation einer kapitalistischen Umwelt bedroht. Aber die eigentlichen Ursachen seines Scheiterns sehen wir in den strukturellen Defiziten der staatssozialistischen Gesellschaften selbst. Die Zentralisierung und umfassende Verstaatlichung der Wirtschaft erwies sich nicht als nachhaltige Alternative zur zerstörerischen Tendenz kapitalistischer Marktwirtschaft und ermöglichte auch nicht, einen wirksamen Beitrag zum Ausbruch aus der bedrohlichen globalen Entwicklungslogik zu leisten. Trotz einiger bedeutender Schritte zur Gleichberechtigung und öko-

nomischen Unabhängigkeit der Frau wurde das Patriarchat nicht ernsthaft erschüttert.

Die traditionelle Gewaltenteilung wurde abgelehnt, der Sinn demokratischer Wahlsysteme missachtet; Mitbestimmungs- und Mitentscheidungsrechte wurden deklariert, aber zu selten realisiert. Es kam zu einer falschen, in großem Maße von Misstrauen gegen die Bevölkerung des eigenen Landes erfüllten Sicherheitspolitik. Hinzu traten Bevormundung der Rechtsprechung, Verletzungen der Freiheit von Wissenschaft und Kultur, Mediengängelei. Es wurde auch vor Täuschung, Betrug und Lügen gegenüber der eigenen Bevölkerung nicht zurückgeschreckt. Das führte letztlich zu Selbsttäuschung und Selbstbetrug. Eine überzeugende alternative gesellschaftliche Produktions- und Lebensweise mit dem Ziel solidarischer Individualitätseinfaltung im Einklang mit der Natur wurde nicht geschaffen. Unfähig war die DDR wie alle staatssozialistischen Gesellschaften, sich wirtschaftlich, politisch und kulturell den Erfordernissen einer zusammenwachsenden Welt und den Emanzipationsbestrebungen der eigenen Bevölkerungen zu öffnen.

Wir haben das Ziel, die zivilisatorische, soziale und politische Verantwortung des Staates – nicht zuletzt gegen die entfesselten Kräfte des Marktes und der Kapitalverwertung – für alle in ihm lebenden Menschen und für ein friedliches internationales Zusammenleben zu verteidigen und zu erneuern. Doch die verabsolutierte Staatsorientierung der früheren kommunistischen, der sozialdemokratischen Bewegungen und die Verachtung libertärer und zivilgesellschaftlicher Sozialismuskonzepte hat sich als falsch erwiesen. Unsere Vorstellungen erneuerter sozialistischer Politik schließen die Erfahrung ein, dass ein demokratischer Sozialismus nicht möglich ist, wenn er nicht von seinem ersten Schritt an emanzipatorische Befreiung bedeutet.

Unsere Auseinandersetzungen mit unserer Geschichte muss uns niemand abnötigen. Sie sind unsere Verantwortung, unser Interesse, ein Teil unseres geistigen und politischen Reichtums bei der Wiedergewinnung des Sozialismus als einer politisch bedeutenden und einflussreichen Bewegung in unserem Land.

Wenn wir Sozialismus heute als die Freiheit und die Gleichheit einer und eines jeden beim Zugang zu den entscheidenden Lebensbedingungen und Gütern der Gesellschaft verstehen, so ist klar, dass der Staatssozialismus nicht fähig war, diesen Anspruch zu verwirklichen. Seit Dezember 1989 ist es diese Herausforderung, die die Entwicklung der PDS, ihr Politikverständnis, ihr praktisches Wirken in parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition und Verantwortung, ihr kommunalpolitisches Engagement, ihre Mitwirkung in alten und neuen sozialen Bewegungen und nicht zuletzt das Selbstverständnis ihrer Mitglieder prägt.

Wir haben für eine gleichberechtigte Vereinigung der beiden deutschen Staaten gestritten und werden uns auch künftig konsequent dafür einsetzen, dass die Ostdeutschen im gemeinsamen Land gleiche Rechte und eigenständige Entwicklungschancen erhalten und dass der große kulturelle Reichtum Ostdeutschlands erhalten bleibt und genutzt wird. Wir haben der Ausgrenzung der PDS und vieler Ostdeutscher in den ersten Jahren nach 1990 widerstanden und die PDS in die Gesellschaft geöffnet. Wir waren Partnerinnen und Partner in den sozialen und politischen Kämpfen der Kalikumpel von Bischofferode, im Widerstand gegen Rassismus und Rechtsextremismus, in den Bewegungen für plebiszitäre Demokratie und in der Verteidigung der Bodenreform.

Mit ihrer Politik trägt die PDS Verantwortung für die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, für deren Rolle in der Europäischen Union und in der Welt. Wir setzen uns dafür ein, dass die sozialen Grenzen, die dem Kapitalismus in diesem Land nach 1945 auferlegt worden waren, nicht weiter beseitigt und die Möglichkeiten zu deren Ausbau geschaffen werden. Seit 1990 haben wir dafür gewirkt, dass Sozialstaat und

soziale Marktwirtschaft der alten Bundesrepublik nicht zerstört werden. Wir haben gegen militärische Interventionen unter Beteiligung der Bundeswehr gekämpft. Wir haben uns gegen Rückschritte in der Asylpolitik gewandt. Wir haben die politische Verfolgung, Ausgrenzung und Benachteiligung Ostdeutscher strikt abgelehnt. Wir gehören zu den entschiedensten Verteidigern der sozialen, demokratischen, liberalen und zivilen Errungenschaften in unserem Land. Mit der Tolerierung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt seit 1994 und der Bildung der SPD-PDS-Regierung in Mecklenburg-Vorpommern 1998 hat die PDS demokratische Verlässlichkeit und Politikfähigkeit auch in Regierungsverantwortung nachgewiesen.

Die PDS will dazu beitragen, anstelle der Politik der Neuen Mitte, die den Konsens mit den ökonomisch Mächtigen auf Kosten der sozial Schwachen sucht, eine andere breite Allianz zu erreichen. Wir wollen, dass die Mitglieder der PDS stärker noch als bisher in demokratischen, sozialen und politischen Bewegungen wirken: in den Gewerkschaften und Betrieben, in der Frauenbewegung, den Zusammenschlüssen von schwulen und lesbischen Menschen, in antifaschistischen, antirassistischen und antimilitaristischen Organisationen, in Arbeitsloseninitiativen, Mieter- und Verbraucherverbänden, den Initiativen von Menschen mit Behinderungen, Umwelt- und Dritte-Welt-Gruppen, in Jugend- und Studierendengruppen, in anderen sozialen und kulturellen Initiativen sowie mit Menschen, die in Kirchen, Religionsgemeinschaften und sozialen kirchlichen Einrichtungen engagiert sind. Wir lassen uns davon leiten, dass Veränderungen in der Gesellschaft nur bewirkt werden können, wenn Betroffene ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen und sich selbstbewusst in die notwendige Auseinandersetzung einbringen. In diesem Ensemble gesellschaftlicher Kräfte ist eine moderne sozialistische Partei notwendig.

Die PDS versteht sich selbst als einen Zusammenschluss unterschiedlicher linker Kräfte. Ihr Eintreten für einen demokratischen Sozialismus ist an keine bestimmte Weltanschauung, Ideologie oder Religion gebunden, sie ist eine pluralistische Partei demokratischer Sozialistinnen und Sozialisten. Die PDS entscheidet über ihren Weg, ihre Ziele und ihr politisches Profil mit demokratischen Mehrheiten. Sie räumt Minderheiten das Recht und die Möglichkeiten ein, ihre Überzeugungen und Ziele im Rahmen der Grundsätze und demokratisch-sozialistischen Orientierungen des Statuts und dieses Programms der Partei des Demokratischen Sozialismus fortgesetzt zu vertreten. Sie vereinigt in ihren Reihen Frauen und Männer unabhängig von deren Nationalität. Die PDS will Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten aus allen gesellschaftlichen Schichten gewinnen, die den Willen haben, im Sinne dieses Programms zu wirken.

Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse in der PDS sind demokratisch und transparent zu gestalten. Wir wollen eine höhere Handlungsfähigkeit der einzelnen und der Partei als Ganzes. Wir wollen mehr Menschen als Mitglieder unserer Partei gewinnen. Zu den Bedingungen dafür gehört eine politische Kultur wechselseitiger Achtung, des Zuhörens und der sachlichen Argumentation.

Sowohl dem Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung als auch der Gewinnung neuer Mitglieder soll die Öffnung von Gliederungen der Partei für gemeinsame Arbeit mit anderen dienen, die sich solidarisch in der Gesellschaft engagieren. Parteiarbeit wird künftig zunehmend Mitwirkung in sachbezogenen, offenen Projekten sein, in denen Bürgerinnen und Bürger ihre Interessen zur Geltung bringen. Die PDS vermag dort sowohl ihre kommunalpolitische Verankerung als auch ihre parlamentarischen Möglichkeiten einbringen. Sie wird als Partei im Dienste der Zivilgesellschaft wirken. Dazu müssen Abgeordnete der PDS den parlamentarischen Umgang mit den Interessen der Bevölkerung der Öffentlichkeit durchschaubarer machen.

Politisches Handeln in der „Informationsgesellschaft“ verlangt Kommunikationsfähigkeit. Das betrifft den Einsatz moderner Informationsmedien, die Fähigkeit, Politik auch wirksam zu vermitteln, die Entwicklung der eigenen Aktions- und Kampagnenfähigkeit und die Verknüpfung politischer Bildung mit den Erfahrungen praktischer Reformarbeit.

Die PDS ringt um parlamentarische Stärke. Sie ist bereit und in der Lage, politische Verantwortung in parlamentarischer Opposition ebenso wie in Regierungsbeteiligungen zu übernehmen, ohne dabei ihr sozialistisches Profil zur Disposition zu stellen. Die Achtung anderer demokratischer politischer Orientierungen ist für die PDS zu einer wesentlichen Frage ihrer politischen Kultur und Toleranz geworden. Sie erwartet sie auch von anderen gegenüber der PDS. Die Verteidigung parlamentarischer Demokratie und demokratischer Gewaltenteilung verbindet die PDS mit der Überzeugung, dass grundlegende gesellschaftliche Wandlungen nicht ohne soziale und politische Kämpfe, nicht ohne die Überwindung der kulturellen Hegemonie des Neoliberalismus, der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse und der Zurückdrängung der Kapitaldominanz über die Gesellschaft und damit nicht ohne außerparlamentarische Bewegungen und außerparlamentarische Kämpfe möglich sind. Die PDS kämpft für soziale Rechtsstaatlichkeit.

Wir sind uns bewusst, dass wir diesen selbst erhobenen Anspruch bisher nicht eingelöst und nicht ausreichend dazu beigetragen haben, die gesellschaftlichen Blockaden in der Bundesrepublik Deutschland aufzulösen. Umso mehr werden wir diese Aufgabe als einen Schwerpunkt unserer künftigen politischen, intellektuellen und organisatorischen Arbeit entwickeln. Unsere parlamentarische, kommunalpolitische und außerparlamentarische Arbeit hat einen entscheidenden Gegenstand: die Probleme der Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen uns leidenschaftlich für die Interessen der sozial benachteiligten und ausgegrenzten Menschen in dieser Gesellschaft einsetzen. Mit der fortgesetzten und verschärften sozialen Spaltung im Informationskapitalismus finden wir uns nicht ab.

Die PDS will zum Dialog und zur Zusammenarbeit der Linken in der Bundesrepublik Deutschland, in Europa und weltweit beitragen und sich dafür einsetzen, dass breite linke Bewegungen entstehen. Sie sucht insbesondere die Zusammenarbeit mit Kräften, die um eine Erneuerung sozialistischer Politik ringen. Sie bekennt sich zu einem konsequenten Internationalismus. Sie sucht den Dialog und die Zusammenarbeit mit den demokratischen Kräften und Bewegungen, mit Gewerkschaften, sozialen und kulturellen Verbänden und Initiativen, mit Kirchen und Religionsgemeinschaften.

Dem Erbe von Marx und Engels, den vielfältigen Strömungen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung sowie anderen revolutionären und demokratischen Bewegungen kritisch verbunden und dem Antifaschismus verpflichtet, will sich die PDS bundesweit als politikfähige sozialistische Alternative profilieren und im politischen Alltag ebenso wie mit ihrer innerparteilichen Kultur beweisen, dass für einen erneuerten Sozialismus Toleranz gegenüber Andersdenkenden, Andersfühlenden und Anderslebenden, die Gleichstellung aller Mitglieder sowie Solidarität, Transparenz, Ehrlichkeit und Vielfalt selbstverständlich sind.

Wir sind oppositionell, wo sozialer und politischer Rückschritt, Militarismus und rassistische Menschenverachtung Gegenwehr verlangen. Wir sind zur Zusammenarbeit bereit, wo Fortschritt möglich ist und Solidarität mit den sozial Schwachen es verlangt. Wir sind kapitalismuskritisch, weil der Mensch und nicht der Profit das Maß der Politik sein muss. Wir sind Sozialistinnen und Sozialisten, weil der freie und gleiche Zugang jedes Menschen zu den Grundbedingungen eines emanzipatorischen Lebens die zentrale Frage sozialer Gerechtigkeit und menschlicher Zukunft ist.